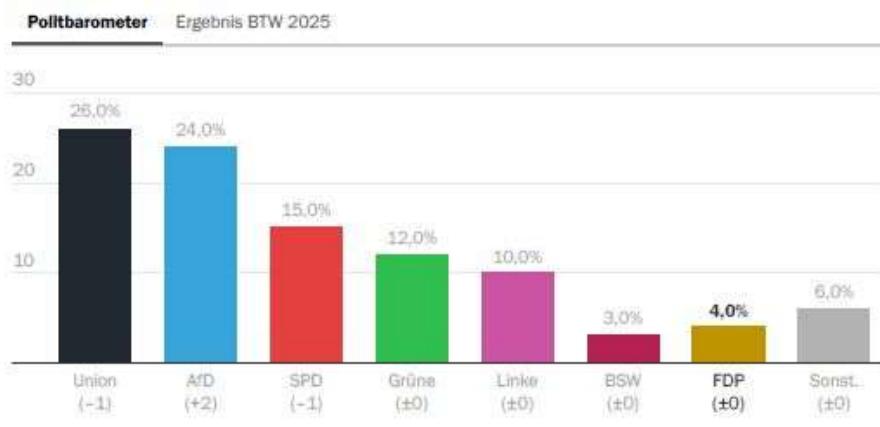


Ich habe es doch gleich gesagt

Teil 1



bjoern harmening eBooks Streitschriften



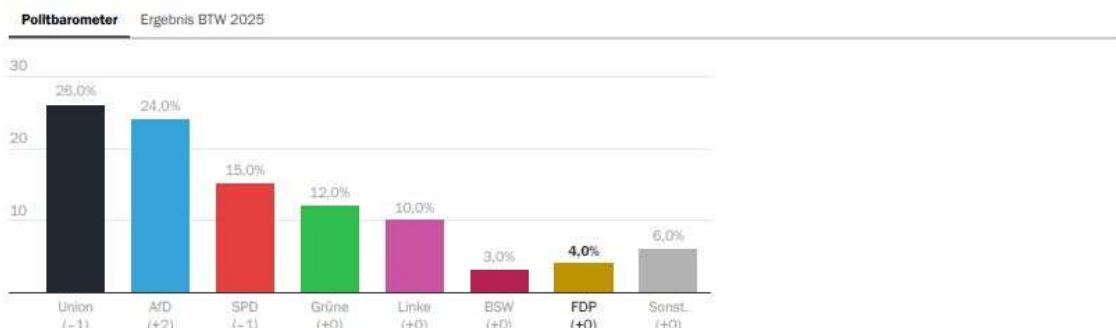
Björn Harmening
Ich habe es doch gleich gesagt – Teil 1
© 2025 bjoern harmening eBooks
Alle Rechte beim Autor

Zu Beginn

Im Zeitraum zwischen 2008 und 2009 hatte ich einen Text mit dem Titel „Die Rechnung bitte“ veröffentlicht. Inhalt war u.a. die zum damaligen Zeitpunkt gerade auf ihrem Höhepunkt bestehende Finanzkrise und zudem die generelle Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der ich mich ja bereits in verschiedenen weiteren Texten vor allem im Hinblick auf ihre oftmals neoliberalen Ausrichtung beschäftigt habe. Vor Kurzem habe ich mir dieses ältere Essay nochmal durchgelesen und festgestellt, dass sich zumindest auf dem Gebiet des Sozialen und der politischen Agenda in Bezug auf die Wirtschaft, sowie die damit verbundenen Themen nicht wirklich viel in diesem Land verändert hat. Sehr viel in den Auswirkungen dessen allerdings!

Die Diskussionen und Argumente sind immer noch dieselben und die Protagonisten und ihre Klientel, die sie vertreten, scheinen zum Teil ebenfalls noch die gleichen zu sein. Was sich aber auf jeden Fall aus meiner Sicht herausschält ist die Tatsache, dass sich einige Vermutungen und Befürchtungen, die ich damals geäußert hatte – leider – immer mehr bewahrheiten. Die Gefährdung der Demokratie zeigt sich angesichts der derzeitigen politischen Verhältnisse z.B. bei der Zusammensetzung der Parteienlandschaft und der sich stetig weiter nach rechts verschiebenden und erhöhenden Zustimmungswerte für die AfD sehr deutlich. Die Akzeptanz der Wählerinnen und Wähler für immer radikalere Aussagen und Handlungsweisen rechtspopulistischer und -extremer Politikerinnen und Politiker hat meiner Meinung nach inzwischen einen besorgniserregenden Umfang angenommen.

Wer also noch glaubt, dass die Entwicklung hin zu einer autokratischen Regierungsform, wie sie leider in vielen Ländern (auch innerhalb der EU) inzwischen Realität geworden ist, in Deutschland nicht möglich wäre, der könnte sich aus meiner Sicht in naher Zukunft sehr stark irren. Die historische Vergangenheit Deutschlands mit seiner belasteten Geschichte führt mit Sicherheit nicht zu einer Immunität gegen Populismus und Autokratie, wie man aktuell leider sehr gut erkennen kann. Dass die AfD im wöchentlich dargestellten Politbarometer derzeit (April 2025) nur noch wenige Prozentpunkte hinter den Unionsparteien liegt, verdeutlicht diesen Trend auf erschreckende Weise. Die Demokratie *ist* gefährdet.



Prognose Politbarometer: 11.04.25 • Bundestagswahl vom 23.02.25 (BSW = 4,98%) • in Klammern: Gewinne und Verluste gegenüber KW 12/2025
 Grafik: Tagesspiegel/Infografik • Quelle: [Forschungsgruppe Wahlen](http://ForschungsgruppeWahlen.de)

Die Frage, die ich mit diesem neuen Text stellen – und natürlich aus meiner Sicht auch beantworten – möchte ist: wie konnte es in der Bundesrepublik Deutschland, in diesem reichen und von, im Vergleich zu vielen anderen Nationen, noch immer vorbildlicher sozialer Sicherheit geprägtem Land zu einer solchen Entwicklung kommen? Weshalb meint ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung, dass die Antwort auf viele aktuelle Herausforderungen nur in reaktionärer, rechtspopulistischer, statt in solidarischer und sozialer Politik liegen kann? Warum sind so viele Menschen inzwischen dermaßen demokratifeindlich eingestellt und können sich stattdessen wieder eine Regierungsform nach dem Führerprinzip vorstellen, oder wählen Gruppierungen wie die AfD vermeintlich auch aus Protest gegen die etablierten Parteien des demokratischen Spektrums? Vorausgesehen habe ich diese Entwicklung wie schon weiter oben erwähnt, bereits 2009. Das ist jedoch mit Sicherheit nicht (nur) meine eigene Erkenntnis, sondern die von vielen anderen Menschen, die sich mit politischen Ursachen und deren Wirkungen auseinandersetzen. „*Ich habe es doch gleich gesagt*“, ist somit natürlich absichtlich ein etwas provokanter Titel für dieses kleine „Büchlein“.

Dennoch bleibt die Frage: was hat das alles für Ursachen und welche Verbindung besteht aus Sicht des Autors zu den beschriebenen Dingen vergangener politischer Entscheidungen und Handlungsweisen – oder auch zu aktuellen Themen? Das möchte ich hiermit versuchen aufzuzeigen. Wie immer ist dies natürlich nur meine persönliche Sichtweise, die man sehr gern entweder teilen oder vehement verneinen kann. Genau dazu sind die von mir herausgebrachten Streitschriften, zu denen auch dieser Text hier zählt, gedacht. Lesen sie und diskutieren sie anhand des Textes, dann hat er seinen Zweck schon voll und ganz erfüllt. Lassen sie uns also nun einen Blick in die politische, wirtschaftliche, soziale und auch geopolitische Landschaft dieser Zeit werfen. Ich lade sie herzlich dazu ein.

Von gescheiterten Ampeln und kleinen „Großen“ Koalitionen

„In Zeiten wie diesen …“, „multiple Krisensituation …“, „die ganze Welt scheint verrückt geworden zu sein …“, solche und ähnliche Aussagen liest und hört man derzeit überall in den Nachrichten, aber auch in Gesprächen mit anderen Menschen. Und tatsächlich könnte man angesichts der aktuellen geopolitischen Weltlage mit existenziellen Wirtschaftskrisen, Umweltkatastrophen, einem Krieg wieder mitten in Europa, generellen kriegerischen Auseinandersetzungen überall auf der Welt und der Herrschaft von Despoten und Autokraten, wie beispielsweise die Administration von Donald Trump in den USA, von endzeitlicher Weltuntergangsstimmung sprechen.

Da solches Geschehen natürlich auch Auswirkungen auf den gesamten Welthandel und somit gerade auf eine Nation wie Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit vom erfolgreichen Export in alle Welt hat, sind damit sehr große Herausforderungen für die jeweilige Bundesregierung verbunden. So auch die Entwicklung der vergangenen drei Jahre mit der sogenannten Ampel-Koalition, die gleich zu Beginn ihrer Legislative mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die dadurch entstandenen Ressourcen- und Energieprobleme konfrontiert wurde. Eigentlich war die als „Zukunftscoalition“ zwischen SPD, Grünen und FDP betitelte Regierung nach eigenen Aussagen angetreten, um die Wirtschaft zu modernisieren und voranzubringen, die soziale Sicherung z.B. mit dem Bürgergeld auszubauen und die Energiewende anzutreiben, um somit dem Klimaschutz gerechter zu werden. „*Mehr Fortschritt wagen*“, hieß das Motto des Vertrages, angelehnt sicher auch an den berühmten Wahlkampfslogan Willy Brandts „*Mehr Demokratie wagen*.“

Was dann jedoch kurz darauf im Februar 2022 mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine folgte, war eine neue politische Realität, die der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (zu Beginn der Entstehung dieses Teiles noch geschäftsführend im Amt) mit den Wort *Zeitenwende* im Bundestag titulierte. Der ebenfalls (dito) noch geschäftsführend amtierende Wirtschaftsminister Robert Habeck stellt die Situation in seinem neuen Buch „*Den Bach rauf*¹“ mit folgenden Worten dar: „*Die erste große Belastungsprobe für die Ampel war die Frage, ob es eine Impfpflicht (gegen Corona, der Autor) geben sollte. Seitdem haben der russische Angriffskrieg, über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine, der Wegfall von 55 Prozent der deutschen Gasimporte und die Beschaffung von Ersatz aus anderen Ländern, in der Folge hohe Energiepreise, hohe Inflation, steiler Zinsanstieg, Kaufzurückhaltung, Investitionsrückgang, eine Konjunkturflaute in China, der Mordterror der Hamas, der Krieg in Gaza, der Krieg im Libanon, eine anhaltende Wirtschaftsschwäche, erstarkender Rechtsextremismus und islamische Anschläge – um nur einiges zu nennen – die Menschen in Deutschland tief verunsichert*“.

¹ Robert Habeck, „*Den Bach rauf*“, Kiepenheuer und Witsch, ab Seite 24 ff

Selbst auf die Gefahr hin, dass man mich jetzt als naiv betrachtet, halte ich Robert Habeck für einen der ehrlichsten Politiker dieses Landes, auch wenn er sich in seinen Reden (übrigens auch in dem Buchtext) manchmal in akademisch/philosophisches Geschwurbel verliert. Dennoch hat er aus meiner Sicht eine ehrliche und auch durchaus selbtkritische Bilanz seiner Zeit in der Ampelregierung gezogen. Nach wie vor wird mit der Kritik an der Koalition vor allem das sogenannte Heizungsgesetz hervorgehoben und mit Habeck als verantwortlicher Minister negativ in Verbindung gebracht. Zeitweise entstand ein regelrechter Negativhype, der durch Medien wie „BILD“ mit teils lächerlichen Behauptungen stetig angefeuert wurde und schließlich zum Umfrageabsturz der Grünen führte. Ich behaupte an dieser Stelle jedoch, dass die wenigsten Menschen wissen, was überhaupt Inhalt dieses Gesetzes mit dem tatsächlichen Titel *Gebäudeenergiegesetz* gewesen ist. Tatsache ist, dass bereits im erwähnten Koalitionsvertrag zwischen den drei Parteien der Ampel die Notwendigkeit der Energiewende und damit verbunden auch der unbedingten Veränderung bei der privaten Energienutzung/des Heizens beschrieben wurde. Einer der ersten Entwürfe des danach folgenden Gesetzes wurde dann „*an die Presse durchgestochen*“, wie Habeck es beschreibt.

Er äußert dabei keinerlei Vermutungen über den Verursacher dieser Indiskretion – ich persönlich glaube jedoch anhand der grundsätzlichen Diskussion um solche Themen, dass Mitglieder der FDP dahintersteckten. Gerade auch angesichts der danach stattfindenden öffentlichen Debatte, die absichtlich von vielen Falschinformationen gespickt war, hat sich der Koalitionspartner FDP mehr als seltsam, wenn nicht sogar äußerst unfair verhalten. Trotz der eben beschriebenen Tatsache, dass in den Koalitionsverhandlungen und im Vertrag erklärt war, dass das beschriebene Gesetz so kommen wird, taten sich die sogenannten Liberalen mit populistischen Aktionen wie einem „*Hundert-Fragen-Katalog*“ an Habeck hervor, als hätten sie noch nie davon gehört oder gewusst. Dieses mehr als durchschaubare Manöver der FDP war meiner Meinung nach nur ein Glied in einer langen Kette von Quertreibereien, weil man in Wahrheit eine ganz andere Politik betreiben wollte, aber aus Machtinteresse dennoch in diese Regierung eingetreten ist. In der politischen Geschichte der Bundesrepublik ist dieses opportunistische Verhalten durchaus keine einzigartige Vorgehensweise der FDP.

Scharfe Kritik an den Folgen der Energiepolitik in Bezug auf die Gasversorgung durch das sogenannte LNG-Flüssiggas als Ersatz für die Lieferungen aus Russland äußert die Journalistin und Autorin Kathrin Hartmann in ihrem Buch „*Öl ins Feuer*“². Darin prangert sie neben der schmutzigen und die Umwelt zerstörenden Fördertechnik in den USA auch die eiligst in Deutschland aufgebauten Terminals, wie z.B. in Wilhelmshafen, an. „*Am 5. Mai 2022 unternimmt der grüne*

² Kathrin Hartmann, „*Öl ins Feuer*“, Rowohlt Polaris, Ab Seite 42 ff

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine Bootstour am Voslapper Groden. Vom Wasser aus schauen er und die geladenen Journalistinnen und Journalisten dabei zu, wie der erste Stahlpfahl in den Meeresboden getrieben wird. Dieser Vorgang nennt sich Rammsschlag, und das Wort, das so gewaltig klingt, passt exakt zu der Brutalität, mit der der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland vorangetrieben wird. (...) Sauber ist an LNG und der benötigten Infrastruktur aber rein gar nichts (...).“

Die krassen Worte Hartmanns verdeutlichen ihre durchaus berechtigte Ablehnung dieser Energieform, mit der wir uns übrigens nach der Abhängigkeit russischer Gaslieferungen von US-amerikanischer (und somit trumpscher) Willkür erneut abhängig machen. Trotzdem bleibt natürlich die Frage offen, wie die damalige Bundesregierung angesichts der Gasknappheit und damit verbundener Notlage der Industrie und der privaten Haushalte anders hätte agieren sollen? Die ständige Verzögerung des eigentlich schon seit vielen Jahren notwendigen Ausbaus erneuerbarer Energien als Alternative zu den fossilen Brennstoffen hatte sie auf jeden Fall (zumindest zum Teil) nicht zu verantworten.

Unabhängig von der ökologischen Frage spielte in jener Zeit aber vor allem der stark steigende Energiepreis eine große Rolle – auch hier wieder deutliche Kritik an der Ampelkoalition, die jedoch auch für diese Entwicklung nicht wirklich verantwortlich war. Zumal es zuvor ja durchaus auch Debatten um die bereits beschriebene Abhängigkeit von Russland zuhauf gegeben hatte – ganz so, als wäre es nicht viele Jahre lang zuvor allgemeiner wirtschaftspolitischer Konsens gewesen, dass die deutsche Industrie gefälligst mit billiger Energie zu versorgen sei; egal woher und unter welchen Umständen gefördert. Hauptsache billig und reichlich vorhanden, auf dass der Exportweltmeisterschaft nichts im Wege stünde.

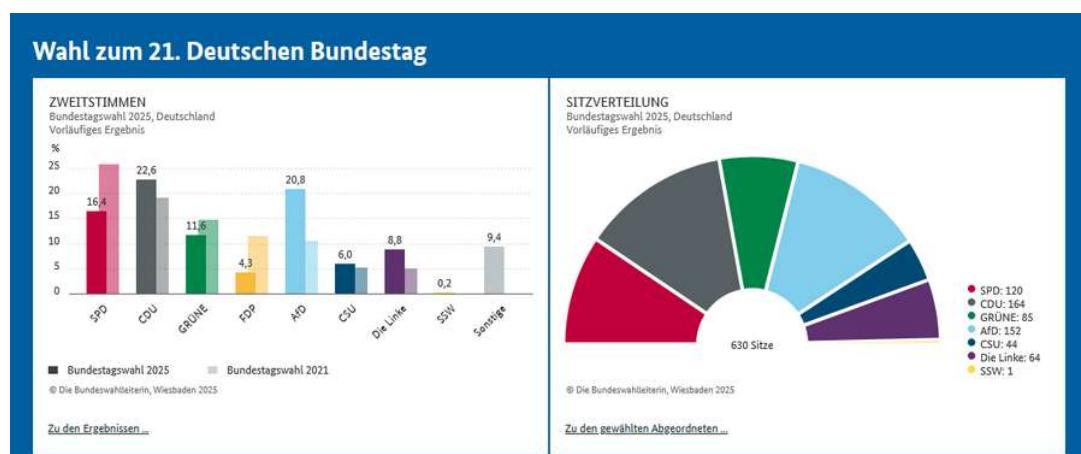
Anhand dieses Beispiels kann man jedoch sehr klar und deutlich die politische Debattenkultur in diesem Land erkennen. Sie wird vor allem immer mit einer gewissen Opportunität nach dem Motto: „Wie es uns gerade in die politischen Gegebenheiten passt“ – also nicht gradlinig geführt. Ein Mosaiksteinchen im Gesamtgebilde dabei sind übrigens immer auch die führenden Medien in Deutschland, die mit ihrer zumeist eher konservativen Ausrichtung dafür sorgen, dass die beschriebenen Debatten in die entsprechende Richtung geleitet werden. Dabei rede ich hier nicht von dem unsäglichen hetzerischen Geschmiere von „BILD“ und Konsorten (s.o.), sondern von den Zeitungen und Magazinen wie der FAZ, dem Spiegel, der Frankfurter Rundschau, dem Handelsblatt usw. Ich behaupte sogar, dass die Macht dieser Medien so weit reicht, dass sie großen politischen Einfluss nehmen und so u.a. auch das Scheitern der Ampel zumindest mit herbeigeführt haben.

Um nicht falsch verstanden zu werden – mir geht es hierbei nicht um eine Abrechnung mit der Presse, weil ich der vergangenen Regierung hinterhertrauern

würde. Es geht nur um die Betrachtung von gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Diskussionen und wie sie von entsprechenden Interessengruppen geleitet und gelenkt werden. Ich vertiefe dies an späterer Stelle noch einmal mit konkreten Beispielen.

Betrachten wir nun als Nachfolge der Ampel die Koalition von CDU/CSU und SPD, die man früher einmal als „Große Koalition“ bezeichnet hat und die bereits mehrfach im Lauf der Geschichte der Bundesrepublik immer in Krisenzeiten und bei nicht eindeutigen Mehrheitsverhältnissen anderer Konstellationen gebildet wurde. 1966 nach dem Scheitern der damaligen Union/FDP-Koalition beispielsweise, bildete die Regierung unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger die erste Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit Willy Brandt als Vizekanzler. Grund war u.a. die erste große Wirtschaftskrise nach dem II. Weltkrieg und der sogenannten Wirtschaftswunderzeit der 1950er und 1960er Jahre. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide an und die rechtsextreme NPD konnte in den Ländern und auf Bundesebene deutliche Zugewinne verzeichnen. Aus diesem Grund und mangels Alternativen wurde also die Koalition der beiden, bis dahin eigentlich unversöhnlichen Lager gebildet. Nicht unbekannt kommen einem die Gründe anhand des Erstarkens des rechten Randes vor, wenn man die damalige Situation mit der heutigen vergleicht. Auch darauf komme ich später noch einmal zurück.

Die aktuell anstehende Regierung unter dem designierten und zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Textabschnittes noch nicht gewählten Bundeskanzler Friedrich Merz³ hat ebenfalls die Mehrheitsverhältnisse im 2025 gewählten Bundestag als Begründung.



Das deutliche Erstarken der AfD auf über 20% der Zweitstimmen und somit 152 Sitzen im Bundestag lässt der Union als stärkste Kraft kaum andere Varianten zu, zumal CDU und CSU im Wahlkampf und auch schon zuvor vor allem die Grünen dermaßen heftig angegriffen hatten, die FDP nicht im Bundestag vertreten und die

³ Zur dann stattgefundenen Wahl des Bundeskanzlers am 6. Mai später mehr

Linke inhaltlich so weit entfernt von der Union ist, dass sich rein rechnerische Alternativen einfach nicht ergeben würden (es sei denn, die sogenannte Brandmauer zur AfD würde fallen!).

Friedrich Merz äußerte sich in einem Interview der Funke Mediengruppe am 17.4.2025⁴ ungefähr so, dass er seine kommende Regierung vor Aufgaben sehe, vor denen noch keine Bundesregierung zuvor gestanden hätte. Angesichts der bereits oben dargestellten Probleme seiner Vorgängerregierung ist das vielleicht ein wenig vermassen, denn er übernimmt natürlich nahtlos die Situation von Olaf Scholz und kann und muss sich jetzt entsprechend beweisen. Der eigentlich neue Regierungen immer begleitende Vertrauensvorschuss der Bevölkerung (zumindest seiner Wählerschaft), scheint indes bereits von ihm vor Amtsübernahme verspielt worden zu sein, wenn man die oben genannten Meinungsumfragen⁵ und entsprechenden Berichte darüber betrachtet. Es ist übrigens ein Novum, dass nun gefühlt alle zwei Tage neue Umfragen von den Meinungsforschungsinstituten veröffentlicht werden, als müsse dies nun ständig als Indikator guter oder schlechter Regierungspolitik dargestellt werden. Aber auch das ist wohl politischer Zeitgeist, wenn ich das mal so beschreiben darf.

Was die Gründe für diesen schlechten Start vor dem eigentlichen Start angeht, so drehten sich diese hauptsächlich um zwei Themen: Die von der entstehenden Koalition zuvor in einem Sondierungspapier vereinbarte „Aufweichung“ der sogenannten Schuldenbremse zugunsten zweier jeweils 500 Milliarden € schweren Pakete (Sondervermögen) für die Aufrüstung der Bundeswehr und für Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen. Und als zweites die Thematik um Migration und das Asylrecht insgesamt, was zumindest in großen Teilen der Bevölkerung als das relevanzteste Thema überhaupt betrachtet wird und u.a. den rasanten Aufstieg der AfD begründet. Beide Themen stehen für einen von Merz im Wahlkampf von ihm so titulierten Politikwechsel, wobei er jedoch ersteres genau entgegengesetzt diskutierte und eben keine Lockerung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse haben wollte.

An der Stelle hat ihn noch vor der eigentlichen Regierungsübernahme die Realität offensichtlich eingeholt und genau dafür wurde und wird er nun heftig von der Wählerschaft, aber auch aus den eigenen Reihen kritisiert. Hatten CDU und CSU doch vor etwas mehr als einem Jahr (2024) der Ampelregierung das Leben durch eine erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Bezug auf ein sogenanntes Sondervermögen von rund 100 Milliarden Euro für den ökologischen

⁴ Z.B. Braunschweiger/Salzgitter Zeitung, Ausgabe 17.4.2025

⁵ Inzwischen (Juni 2025) sind die Umfragewerte gerade auch von Friedrich Merz aufgrund einiger außenpolitischer Auftritte des Kanzlers wieder deutlich gestiegen.

Umbau der Energieerzeugung schwer gemacht, so musste man jüngst nach der Wahl mittels des erwähnten Sondierungspapiers öffentlich zugeben, dass man für die eigene anstehende Regierung zusammen mit der SPD das etwa Fünffache benötigt.

Wie gesagt, noch bevor Merz überhaupt zum Bundeskanzler gewählt wurde, hat er mit dieser 180 Grad-Wende im Gegensatz zu seinen Wahlkampfaussagen bereits viel Kredit in der Bevölkerung verspielt, obwohl sich laut ZDF-Politbarometer eine Mehrheit von rund 70% der Menschen in Deutschland grundsätzlich für die Lockerung der Schuldenbremse und damit verbundenen Investitionen ausspricht. Kritisiert wird dabei offensichtlich eher der „Wortbruch“ als solcher, als der Inhalt des jetzt erfolgten politischen Handelns.

An dieser Stelle kann man einfach nur ausrufen: „Selbst schuld, Friedrich!“ Genau diese Diskrepanz zwischen tatsächlich schon seit langer Zeit notwendigen Erhaltens der Infrastruktur (Schienen, Straßen, Brücken, Schulen, öffentliche Gebäude, Energiewende etc.) und des bisherigen gegenteiligen Handelns und Argumentierens der vor allem konservativen Parteien erzeugen diesen Widerspruch – man könnte auch sagen: fällt ihnen nun kräftig vor die Füße. Genau das ist das Ergebnis, wenn man immer wieder von Steuererleichterung und Entlastung faselt, dabei zumeist die sogenannten starken Schultern der Gesellschaft im Blick hat und dementsprechend den Blick auf notwendige Ausgaben trübt und dann irgendwann durch einstürzende Brücken, marode Straßen und auch durch die geopolitische Weltlage plötzlich deutlich wird, dass es doch etwas kostet, einen Staat handlungsfähig zu halten.

Die entscheidende Frage ist jetzt natürlich noch, wie sich die Milliarden zukünftig verteilen und ob sich die Koalitionspartner auch dabei auf einen Kompromiss einigen können, der allen gesellschaftlichen Gruppen zugutekommt und vor allem alle notwendigen Weichen gestellt werden. Das Thema Aufrüstung möchte ich an dieser Stelle zunächst nur kurz streifen, denn es ist in der Tat eine bittere Erkenntnis für einen eigentlich überzeugten Pazifisten, dass angesichts der Weltlage die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas offenbar neu gedacht werden müssen. Sehr wahrscheinlich dürften die angedachten 500 Milliarden Euro dafür noch lange nicht ausreichen.

Die andere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die soziale. Wie wird künftig von der baldigen, und künftigen Regierungen angesichts der hohen Kreditsummen gehandelt? Nimmt man wieder den Bereich um die Sozialversicherungen mit Kürzungsvorhaben oder allgemeinen Verschlechterungen der Leistungen in den Blick? Müssen Gruppen wie die Bürgergeldempfänger als Sündenböcke herhalten, wie Merz das bereits im Wahlkampf immer wieder getan

hat? Liest man den Koalitionsvertrag zu diesem Punkt und schaut auf Äußerungen von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, dann scheint es leider so zu sein. Das sogenannte Bürgergeld soll wieder zu einer „Grundsicherung“ mit deutlich härteren Sanktionen für „Unwillige“ umgebaut werden. Auf jeden Fall steckt dort gewaltiges Konfliktpotenzial zwischen SPD und CDU/CSU drin. Das Thema Rente erwies sich bereits in den ersten Tagen der neuen Regierung sogleich als nächster Streitpunkt der unterschiedlichen Standpunkte und eigentlich Ideologien der beiden Koalitionspartner. Wie es aussieht, will Merz in Teilen wieder auf neoliberalen Rezepte aus den 1990ern zurückgreifen, um damit die Kürzungen zu begründen und somit Sparpotenziale freizusetzen.

Aus meiner Sicht darf aber genau das nicht geschehen. Zum einen muss z.B. die ganze Argumentation um die Notwendigkeit der Schuldenaufnahme vollkommen neugestaltet werden. Sie ist eben nicht mit der Belastung der künftigen Generationen verbunden, wenn man jetzt eine hohe Summe für nötige Investitionen aufnimmt – es zeigt nur deutlich, wie notwendig (und teuer) dies inzwischen durch die bisherigen Versäumnisse geworden ist und was man den besagten künftigen Generationen ansonsten für ein marodes Land hinterlassen würde, wenn man es jetzt nicht endlich anginge. Ein Bundeshaushalt mit seinen komplexen Inhalten, Zusammenhängen und Wechselwirkungen aus Schuldenaufnahme und damit wieder generierten Einnahmen durch Steuern und Abgaben ist halt doch nicht mit dem der sprichwörtlichen schwäbischen Hausfrau zu vergleichen, wie die konservative und neoliberale Politik den Menschen immer platt weismachen wollte.

Zweitens darf es ebenfalls nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft durch die vermeintlich einfache Antwort des Spars im Sozialbereich kommen. Es muss sich vielmehr endlich einmal die Erkenntnis durchsetzen, dass sich angesichts der wirtschaftlichen, geopolitischen und sozialen Situation in Deutschland und Europa alle mit ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des demokratischen und sozialen Staates beteiligen müssen. Wohin der bisherige Weg einer ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Elite dienenden Politik am Ende führt, kann man aktuell an der rasanten Entwicklung der USA von einer Demokratie hin zu einer autokratischen Diktatur durch eine Riege von völlig enthemmten und deregulierten Milliardären und deren Helfershelfern erkennen.

Wenn sich diese Erkenntnis nicht endlich mal bei allen Beteiligten – auch bei Merz und seiner Partei – durchsetzt, dann nutzt am Ende auch das größte Finanzpaket nichts. Es geht hier nicht um Geld allein, wie der neue Bundeskanzler sehr richtig erkannt hat. Es geht um die Rettung demokratischer und sozialer Strukturen in einer

Welt, in der das leider um uns herum nicht mehr selbstverständlich ist. Doch es zeichnet sich leider schon jetzt ab, dass dies eine der Bruchstellen der künftigen Koalition werden könnte, wenn man den Streit um die Frage (15 €) Mindestlohn und Entlastung der mittleren und unteren Einkommen betrachtet, der sich zwischen den Koalitionären derzeit gerade öffentlich entwickelt. Man darf gespannt sein – zum Thema Soziales später auch noch mehr.

Migration: Chance oder Bedrohung?

Das zweite Thema in Verbindung mit der Kritik an Merz ist wie beschrieben das der Migration und des Asylrechtes in Deutschland. Dazu gibt es wiederum Wahlkampfaussagen der Union, die an manchen Stellen denen der AfD sehr nahekommen und natürlich ihre Ursache darin haben, dass es einen deutlichen Rechtsruck in der Bevölkerung gibt, denen die Politik in solchen Fällen immer hinterherläuft, um Wählerstimmen damit einzufangen. Beispiele davon, dass dies in der Regel nicht funktioniert und die Menschen dann lieber das „Original“ wählen, gibt es leider genügend. Das Abschneiden der AfD zeigt dies deutlich. Die Erwartungshaltung der Menschen ist aber offensichtlich ebenfalls bereits im Vorfeld der Regierungsübernahme enttäuscht worden, denn man befürchtet einen zu großen Einfluss der SPD innerhalb des Koalitionsvertrages. Darin heißt es u.a.⁶: „*Deutschland ist ein weltoffenes Land und wird es auch bleiben. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung. Das Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet. Wir wollen Integration ermöglichen. Wir wollen ein einwanderungsfreundliches Land bleiben und eine qualifizierte Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt attraktiv machen (...)*“.

Dennoch gibt man sich innerhalb von CDU/CSU trotzdem als Hartliner in Bezug auf die sogenannte illegale Migration und des im Grundgesetz verankerten Asylrechtes aus. Die massenhafte Zurückweisung an den deutschen Grenzen wird propagiert „*Wir werden in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn Zurückweisungen an den gemeinsamen Grenzen auch bei Asylgesuchen vornehmen. Wir wollen alle rechtsstaatlichen Maßnahmen ergreifen, um die irreguläre Migration zu reduzieren. Die Grenzkontrollen zu allen deutschen Grenzen sind fortzusetzen bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz und der Erfüllung der bestehenden Dublin- und GEAS-Regelungen durch die Europäische Gemeinschaft. Deshalb werden wir die europäische Grenzschutzagentur Frontex beim Grenzschutz und bei Rückführungen stärken*“, deutet sich der Anteil der Union weiter im selben Kapitel des Vertrages an.

Dies soll in Absprache mit den Nachbarländern erfolgen – sprich sie sollen die so Abgewiesenen zurücknehmen. Länder wie Österreich, Polen und Tschechien haben diese geplante Praxis aber bereits heftig kritisiert und verneint, so dass es fraglich ist, wie die Absprachen mit ihnen denn erfolgen sollen und welche Regelungen sie zum Inhalt haben. Genau diese Frage von Journalisten konnte Friedrich Merz bei einer Pressekonferenz im April zum Koalitionsvertrag nicht wirklich beantworten. Die Crux bei der ganzen Sache bleibt die uneinheitliche und auch unsolidarische Vorgehensweise der EU-Länder mit diesem Thema. Das sogenannte Dublin II-Abkommen mit der grundlegenden Ausrichtung, dass Asylanträge in den Ländern erfolgen sollen, in denen die Migranten als Erstes europäischen Boden betreten, taugt hierbei überhaupt nicht – zumindest so lange sich nicht alle EU-Staaten an der

⁶ CDU/CSU, SPD – Entwurf Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“, Seite 92 ff

gerechten Verteilung der Menschen und vor allem an einer wirklichen Integrationspolitik beteiligen. Fluchtbewegungen vieler Menschen vor Krieg und Gewalt wird es angesichts der weltpolitischen Lage auch weiterhin in großer Zahl geben – die EU hat jedoch keine wirkliche Antwort darauf, soviel steht aus meiner Sicht fest. Die inzwischen an den Grenzen tatsächlich erfolgten Zurückweisungen – auch von Asylbewerbern – werden vom neuen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt so angewiesen und mit einer Notlage der inneren Sicherheit Deutschlands begründet, die das EU-Recht in Ausnahmefällen zulässt. Dumm nur, dass Friedrich Merz gleichzeitig bei seinem ersten Treffen mit den anderen Regierungschefs in Brüssel mitteilte, dass niemand – auch er nicht – diese Notlage ausgerufen hätte. Die ganze Situation stellt sich aus meiner Sicht als Populismus dar, um den Bürgerinnen und Bürgern Handlungsmacht vorzuspiegeln. Wie sich diese Vorgehensweise am Ende wirklich im Kontext der europäischen Politik und des Rechts, und ob sie sich überhaupt als legitim erweist, wird die Zeit auch angesichts des aktuellen Urteils⁷ des Berliner Verwaltungsgerichtes zu den Zurückweisungen von Asylbewerberinnen und -bewerbern an den deutschen Grenzen noch zeigen.

Doch nun mal zur grundsätzlichen Betrachtung dieses Themas und der damit verbundenen Lage in Deutschland. Ich möchte dazu folgende Gedanken teilen: Als Gewerkschafter habe ich selbstverständlich (auch aus praktischer Erfahrung heraus) eine positive Meinung und Einstellung gegenüber internationaler Solidarität und somit auch gegenüber den Menschen aller Ethnien und Nationen. Es graut mir vor der menschenverachtenden Ideologie und des völkischen, rassistischen Gedankengutes eines Björn Höcke und seiner Anhängerinnen und Anhänger. Die Geschichte lehrt uns ja auch bei genauerem Hinsehen, dass es so etwas wie homogene Volksgemeinschaften, die sozusagen Jahrhunderte oder gar Jahrtausende unverändert bestehen, überhaupt nicht gibt. Die Völker der Welt haben sich immer untereinander gemischt und sind Ergebnis unzähliger historischer Ereignisse aller Epochen. Von daher ist auch so etwas wie der wahnsinnige Rassegedanke der Faschisten nicht nur vollkommen widerlich und unmenschlich, sondern auch wissenschaftlich längst widerlegt und deshalb absolut schwachsinnig.

Schon allein aus diesem Gedanken heraus sind bunte, moderne und vielfältige Gesellschaften die Tragkraft für deren humanen Fortschritt und ihre Entwicklung. Dennoch darf man im Gegenzug dazu auch nicht so naiv sein zu glauben, dass damit nicht gleichzeitig auch vielfältige Konflikte verbunden wären. Gerade bei der Zusammenkunft von Ethnien, die aus sehr unterschiedlichen Kulturkreisen kommen, kann dies schnell geschehen. Natürlich ist z.B. die sehr große Anzahl an Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan für Deutschland eine Herausforderung. Zumal an dieser Stelle wieder einmal die gleichen Fehler begangen werden, die

⁷ Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 2. Juni 2025 VG 6 L 191/25

eigentlich immer bei der Einwanderung großer Gruppen geschehen – man kümmert sich angesichts zu geringer Kapazitäten nicht wirklich um Integration (Sprache, kulturelle Gegebenheiten, Regeln im Umgang miteinander), lässt den eigentlich natürlichen Hang der Menschen jeder Nationalität zu, sich ausschließlich in ihrem homogenen Umfeld niederzulassen, was die Bildung von Parallelgesellschaften fördert, und schiebt die Verantwortung darüber hinaus vor allem in die finanziell ohnehin überforderten Kommunen.

Am Beispiel meiner Heimatstadt Salzgitter kann ich das vielleicht einmal etwas näher beleuchten und verdeutlichen. Salzgitter besteht aus 31 Stadtteilen mit zumeist dörflichem Charakter aus dem ehemaligen Braunschweiger Land. Die von den Nazis Ende der 1930er Jahre aufgebauten Stahlwerke – die damals sogenannten „Reichswerke Hermann Göring“ – haben zur Gründung der ebenfalls nach Göring genannten Stadt mit Zusammenlegung der umliegenden Stadtteile geführt. Nach dem II. Weltkrieg und der Befreiung durch die Amerikaner im April 1945 wurde aus der geplanten Nazi-Vorzeigestadt zunächst Watenstedt-Salzgitter und später dann einfach nur Salzgitter mit dem Zentrum Lebenstedt.

Bereits nach dem Krieg siedelten sich die ersten Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches hier an und wurden somit zu einem bestimmenden Teil der Stadtbevölkerung. Die Geschichte der Stadt wurde weiterhin von Zugezogenen aus aller Welt geprägt - so kamen in den 1970er Jahren die sogenannten Gastarbeiter vor allem aus der Türkei (vielfach aus dem kurdischen Teil des Landes), aus nordafrikanischen Ländern, wie etwa Tunesien und aus Polen hierher. Die sogenannten Spätaussiedler aus der damaligen Sowjet-Union waren dann in den späten 1980er Jahren die nächste größere Gruppe, die sich in Salzgitter ansiedelte. Aus diesen Beispielen heraus erkennt man die besondere Zusammensetzung der Stadtbevölkerung, auf die man allgemein sehr stolz ist. Zwar hat es bei Ankunft der jeweiligen Bevölkerungsgruppen immer auch Ablehnung und Ausgrenzung gegeben, die sich jedoch im Lauf der Zeit – spätestens innerhalb neu aufwachsender Generationen legten. Salzgitter blickt auch im arbeits- und gewerkschaftspolitischen Bereich auf durchaus historische Ereignisse wie z.B. den Kampf der Bevölkerung gegen die damals von den englischen Besatzungsmächten geplante Demontage der Hüttenwerke, den um den Erhalt von Arbeitsplätzen beim Zugherrsteller Alstom oder den durchaus erfolgreichen Widerstand gegen Schacht Konrad als geplantes Endlager für Atommüll zurück. Kurz zusammengefasst kann man mit Fug und Recht sagen, dass diese Stadt trotz (oder vielleicht gerade aufgrund) ihrer besonderen Bevölkerungsstruktur immer von einem starken Zusammenhalt geprägt war, in dem rechtes Gedankengut und nationalistische Tendenzen keine Chance hatten.

Das hat sich in den letzten Jahren leider sehr deutlich verändert. Sowohl bei den Kommunalwahlen, den Landtagswahlen, als auch der letzten Bundestagswahl hat die AfD in der Stadt in einigen Wahlbezirken deutlich mehr als 30% erzielt. Die Bundestagswahl 2025 ergab bei den Zweitstimmen über das gesamte Stadtgebiet 26,3%⁸ (Wahlkreiskandidatin Rudzka 26,9%) für die rechtsextreme Partei. Die Debatte wird innerhalb der Bevölkerung inzwischen von dem sehr hohen Anteil an zugezogenen Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, dem Libanon und dem Sudan seit 2015 dominiert. Tatsächlich sieht man gerade im Zentrum Lebenstedt einen deutlichen Wandel der Bevölkerung anhand der Menschen, die sich dort aufhalten. Die Innenstadt wird von Frauen mit Kopftüchern und Männern mit schwarzen Bärten auffällig dominiert. Am Naherholungsgebiet Salzgitter See sitzen an schönen Tagen viele Großfamilien auf den Rasenflächen und grillen, obwohl das dort aufgrund von Brandgefahr verboten ist. Arabische Sprache und Musik sind deutlich häufiger zu hören, als Deutsch. Das alles zusammen ist ja eigentlich noch kein wirkliches Problem, doch die sichtbare Vielzahl der Menschen, die fremdländische Kultur, Sprache und z.B. das Verhalten einiger Menschen mit Migrationshintergrund mit deutlich nationalistischen und zum Teil auch islamistischen Tendenzen bei politischen Kundgebungen oder beispielsweise sportlichen Events, stoßen beim übrigen Teil der Bevölkerung auf Ablehnung. Allerdings spielt auf der anderen Seite auch der leider unverkennbar vorhandene „Alltagsrassismus“ eine deutliche Rolle dabei. Keins dieser Themen darf eindimensional betrachtet werden.

Der Oberbürgermeister der Stadt hat beim Land Niedersachsen einen Zuzugsstopp beantragt, weil die Kommune die finanziellen Lasten der vielen Geflüchteten nicht mehr tragen konnte. Aufgrund der Struktur Salzgitters mit vielen teilweise heruntergekommenen und von den Immobilienfirmen leider auch absichtlich vernachlässigten Altbausiedlungen sind die Mieten im Vergleich zu anderen Städten der Region relativ günstig, was natürlich u.a. zu der hohen Zuzugsrate führte – und damit eben auch zu einer Ghettobildung aus Geflüchteten, die hauptsächlich aus den genannten Ländern stammen, und einkommensschwachen Familien deutscher und anderer Nationalität. So entstehen sogenannte Problemviertel mit den typischen Symptomen wie Streitigkeiten, Gewalt, Müllprobleme, Lärm, Jugendkriminalität und dergleichen mehr. Vielfach wird sich in keiner Weise an Regeln des Zusammenlebens gehalten, wird die Staatsmacht nicht anerkannt oder gar herausgefordert und gibt es Sprachbarrieren, die von den Eltern auf die Kinder übertragen werden und von den Schulen mangels ausreichender Kapazitäten nicht aufgefangen werden können.

Ich habe mich angesichts meiner Beobachtungen schon mehrfach selbst gefragt, ob ich etwa in rechtes Gedankengut abzudriften drohe, denn die von mir beschriebene

⁸ Landeswahlleitung Niedersachsen

Situation ist eindeutig ein Problem für eine Stadt wie Salzgitter, welches ich selbst auch so empfinde. Und zunächst sprechen die Fakten erst einmal für sich. Neben dem bereits genannten finanziellen Aspekt der Überlastung einer Kommune und der nicht mehr so einfach zu stemmenden Aufgabe der Integration so vieler Menschen, die unter den bisherigen Umständen nicht wirklich stattfinden kann, spielt die hohe örtliche Konzentration von Migrantinnen und Migranten, Vorurteile und Klischees (aber leider auch das von mir bereits oben beschriebene Verhalten) genau solchen Parteien wie der AfD in die Hände und fällt bei den Leuten auf fruchtbaren Boden, die anfällig sind für die rechten Parolen. Aber genau aus diesem Grund glaube ich am Ende auch, dass man gezielt diese Probleme ansprechen muss und zwar gerade dann, wenn man eben nicht politisch rechts verortet ist. Falschverständene Rücksichtnahme und Zurückhaltung nur aus der Furcht heraus, als Nazi abgestempelt zu werden, darf nicht das Aufzeigen vorhandener gesellschaftlicher Herausforderungen verhindern. Der wichtige Punkt dabei ist für mich die Frage, was man im Nachgang aus diesen Erkenntnissen macht, denn es muss eine gesamtgesellschaftliche Lösung gefunden werden.

Auf gar keinen Fall kann die Antwort in der unseligen und menschenverachtenden Remigrationshetze der Rechten, wie der AfD, liegen. Die riesige Aufgabe von wirklicher Integration muss hingegen endlich einmal ernsthaft vom Staat, der Gesellschaft, aber auch von den Migrantinnen und Migranten selbst begonnen werden. Wie schon beschrieben liegt in der Vielfalt der Kulturen die Chance auf natürliche und positive Wandlung für alle Gesellschaften. Genau die soll und muss auch genutzt und zum Wohle aller umgesetzt werden. Aber deshalb müssen auch sozial abhängige oder kriminelle Parallelgesellschaften verhindert werden. Dies gelingt jedoch nur, wenn Integration in all ihren Facetten auch wirklich gewollt und dann danach gehandelt wird. Was meine ich speziell damit? Der berühmte Satz von Angela Merkel: „Wir schaffen das“, den sie jüngst beim evangelischen Kirchentag 2025 wiederholt und gegen ihre Kritiker verteidigt hat, beinhaltet noch immer die Kausalität des beiderseitigen Willens.

Sprache ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Baustein von Integration. Sie hilft dabei, Hürden zu überwinden und das beiderseitige Verständnis für einander überhaupt erst einmal aufzubauen. Doch um das umzusetzen, muss in der Praxis zunächst einmal genügend Kapazität vorhanden sein, um beispielsweise Sprachbarrieren durch entsprechend ausreichende Kurse zu beseitigen. Dies kann und darf nicht nur Aufgabe von Volkshochschulen in Abendkursen sein. Gerade in den Grundschulen wird das Defizit in vielen Klassen deutlich, in denen die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler nicht oder nicht ausreichend Deutsch spricht. Hier braucht es genügend Lehrkräfte zur Unterstützung der regulären Klassenlehrerinnen und -lehrer – also zusätzliches Personal, um die Kinder ausbilden zu können. Das muss aus meiner Sicht aber auch bei den Erwachsenen erfolgen.

Oftmals beobachte ich im Alltag, dass Eltern mit Migrationshintergrund nur in ihrer Sprache mit ihren Kindern sprechen. Das ist zwar verständlich, hilft aber dem Nachwuchs bei der Entwicklung und schulischen Bildung nicht weiter. Das bedeutet, dass die Bereitschaft, die Sprache zu lernen, ebenso bei den Eltern vorhanden sein muss, wie staatlicherseits die Bereitstellung der finanziellen und personellen Kapazitäten, um das zu stemmen. Somit hätten wir schon einen Punkt in dem oben beschriebenen beiderseitigen Integrationswillen.

Neben der Sprache ist natürlich auch immer die Kultur ein wichtiger Indikator von Integration. Aber damit das gleich klar ist: mit solchen Begriffen wie „Deutsche Leitkultur“, wie ihn vor allem konservative und nationalistische Politikerinnen und Politiker gern im Wahlkampf als Forderung für eine vermeintliche Anpassungsschuld der Migrantinnen und Migranten hervorholen, kann ich beim besten Willen nichts anfangen. Was wäre dies denn genau für eine Kultur? Die der Friesen, der Westfalen, Bayern, Niedersachsen, der Sachsen, der Sauerländer, Rheinländer, Berliner, Sorben und, und, und ...? Allein an dieser bei Weitem nicht vollständigen Aufzählung unterschiedlicher Regionen Deutschlands mit ihren speziellen Besonderheiten erkennt man doch schon, dass es eine solche Leitkultur gar nicht geben kann. Zudem glaube ich auch nicht, dass man Integration daran messen kann und sollte, ob jemand Schweinefleisch und Sauerkraut ist, ob Alkohol getrunken, oder gar der christliche Glaube angenommen wird. Das alles wird wie gesagt gern in Wahlkampfveranstaltungen wie dem politischen Aschermittwoch herausposaunt, hilft aber nicht im Geringsten als Gradmesser und schon gar nicht bei der Bereitschaft der Menschen, sich zu integrieren. Zumal Kultur immer auch das Ergebnis von fremden Einflüssen über lange Zeiträume ist. Wer glaubt, dass die sprichwörtliche Lederhose und die Blasmusik sozusagen das Aushängeschild deutscher Kultur seien, der ist aber so etwas von auf dem Holzweg, dass man über derartig lächerliche Klischees nicht ernsthaft weiter diskutieren sollte.

Etwas ganz anders ist es, die Kultur des alltäglichen Zusammenlebens zu betrachten. Dazu zähle ich u.a. natürlich das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und die allgemeine Anerkennung von Regeln, die dieses Zusammenleben überhaupt erst ermöglichen. Hochzeitsgesellschaften, die hupend und den Verkehr gefährlich behindernd über die Autobahn fahren, sind so ein Paradebeispiel von grober Missachtung dieser von mir gemeinten Regeln. Falsch verstandene Familienehre in Bezug auf das oben schon genannte Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen gehört ebenso dazu. Wenn eine junge Frau nur der Liebe zu einem „Falschen“ wegen um ihr Leben fürchten muss, weil ihre Brüder sie deswegen umbringen wollen, dann läuft etwas gewaltig falsch in diesem Teil der Gesellschaft. Überhaupt muss auch das oftmals gerade in muslimischen Familien noch herrschende Patriarchat und die Bevorzugung und Verhätschelung männlicher Nachkommen aufhören. Genau dadurch entsteht nach meiner Beobachtung eine

erzieherische Schieflage, die sich dann bei den Heranwachsenden und deren oft machohaftem Fehlverhalten zeigt.

Ein weiterer Punkt ist die schon erwähnte Ghettobildung durch die homogenen Gruppen und Bevölkerungsteile und deren soziale Situation. Viele der Probleme und auch Vorurteile entstehen meiner Ansicht nach dadurch, dass man es zulässt, dass sich solche Parallelgesellschaften in der Form bilden. Eine wirkliche Integration kann eigentlich nur funktionieren, wenn genau die Bildung solcher Milieus verhindert wird. Das bedeutet, es müsste z.B. eine weitaus bessere Auf- vielleicht gar eine Zuteilung von Wohnraum für Geflüchtete in Stadtvierteln mit gemischten Bevölkerungsschichten geben. Das bringt u.U. vielleicht auch höhere Sozialausgaben wie Wohngeld mit sich, zahlt sich gesellschaftlich aber am Ende sicher aus. Zudem ist es ebenso wichtig, dass die Menschen so rasch wie möglich Zugang zu Arbeit erhalten und dabei auch eventuell vorhandene Qualifikationen ohne den üblichen deutschen Irrsinnbürokratismus gerade bei solchen Themen anerkannt werden. Das alles sind sicherlich keine Allheilmittel, aber wichtige und nach meiner Überzeugung hilfreiche Maßnahmen, um Integration voranzutreiben.

Fragt sich also, weshalb ich dieses Thema als politisch eher links denkender und handelnder Mensch überhaupt in der kritischen Form anschneide? Ganz einfach: weil ich glaube, dass man das erstens im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen reaktionärer Kräfte sagen und schreiben darf und zweitens auch tun muss, um positive Veränderungen herbeizuführen. Außerdem denke ich, dass dies zu einem Teil mit der Erklärung (nicht der Entschuldigung!) der gesellschaftlichen Entwicklung nach rechts zu tun hat. Ich komme im nächsten Textabschnitt noch einmal darauf zurück. Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass die Überschrift dieses Kapitels hier ihren Schwerpunkt ganz klar in Richtung Chance bildet, denn das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunft kann nur zu Vorteilen gegenüber homogenen „Volksgemeinschaften“ führen, wie sie die Rechten immer als Ideal propagieren. Gesellschaften, die nur unter sich bleiben und sich gegen andere Menschen abschotten, entwickeln sich nicht positiv weiter und gehen irgendwann unter - das hat die Geschichte vielfach bewiesen.

Rechtspopulismus im Aufwind

Überall auf der Welt und eben auch in Europa sind rechtspopulistische, reaktionäre und autokratische Kräfte auf dem Vormarsch (dieses Wort passt in dem Zusammenhang aus meiner Sicht besonders gut!). Bei einem Blick auf die Staaten der EU sieht man das anhand bereits bestehender Regierungen, wie die von Georgia Meloni in Italien, Viktor Orban in Ungarn und der niederländischen Regierungskoalition, die zwar (aus strategischen Gründen) nicht vom rechten Populisten Geert Wilders geleitet wurde, die aber seine Handschrift trug und die er nun platzen ließ, um über Neuwahlen mehr Einfluss zu bekommen. Darüber hinaus gibt es in Tschechien, in der Slowakei, in Österreich, Dänemark, Schweden, Griechenland, Frankreich und weiteren Ländern starke rechte Oppositionen. In Rumänien drohte zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Textes mit George Simion ein Rechtsradikaler zum Präsidenten gewählt zu werden und in Polen stand der parteilose aber von der rechten PIS unterstützte Kandidat Karol Nawrocki, ein bekennender Trump-Fan, zur Wahl und hat sich letztlich in der Stichwahl zwischen ihm und dem liberalen Rafal Trzaskowski durchgesetzt, so dass er nun als polnischer Präsident - so wie sein Vorgänger Andrzej Duda – die Reformpolitik von Ministerpräsident Donald Tusk weiter torpedieren und blockieren kann.

Hier in Deutschland spielt natürlich die AfD derzeit die größte Rolle bei diesem Thema. Die bereits oben dargestellte Grafik mit den Umfragewerten hat sich zwischenzeitlich sogar soweit verändert, dass die AfD in einer Forsa-Umfrage vom 25.4.2025⁹ mit 26% die Union überholt hatte und zur stärksten Kraft in den Umfragen wurde. Diese Zahlen variieren natürlich andauernd und zu dem Medientrend, wöchentlich solche Wählerbefragungen zu veröffentlichen, habe ich bereits meine Meinung geäußert. Dennoch wird dadurch deutlich, dass sich die rechtsextreme Partei¹⁰ kontinuierlich in der Wählergunst nach oben in Richtung ein Drittel bewegt. Daran ändert offensichtlich auch die Tatsache nichts, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte Bundespartei am 4. Mai 2025 in einem über 1000 Seiten langen Bericht für gesichert rechtsextrem erklärt hat. Dieser Status ist zwar zwischenzeitlich wieder „auf Eis“ gelegt worden, weil die AfD dagegen vor dem Verwaltungsgericht Köln Klage eingereicht hat, aber die aus meiner Sicht deutliche Erkenntnis der Verfassungsschützer, dass es sich bei ihr um eine verfassungs- und demokratiefeindliche Partei handelt, besteht dennoch.

Auch der mittlerweile von Medien wie dem „Cicero“ illegal veröffentlichte Bericht mit seinen vielen faktischen Beispielen an verfassungs- und fremdenfeindlichen Reden und Handlungsweisen der leitenden Protagonisten dieser Partei wird nichts

⁹ Zeit-Online, 25.4.2025

¹⁰ Laut Bericht vom Bundesverfassungsschutz (4.5.2025) ist die gesamte Bundespartei als gesichert rechtsextrem zu betrachten. Näheres dazu weiter im Text

an dem Zuspruch der Menschen hier im Land ändern. Im Grunde sind diese Äußerungen und Handlungsweisen ja genau der Grund, weshalb die AfD gewählt wird. Ich glaube auch nicht mehr an die sogenannte Protestwahl, die sozusagen als „Hoffnungsschimmer“ immer wieder hervorgehoben wird, weil man deshalb ja enttäuschte Wählerinnen und Wähler zurückholen könne, man müsse halt nur die „richtige“ Politik betreiben. Ich denke, dass die meisten Leute diese Partei bewusst wählen und deren politische Agenda zumindest der Ausländer- und Flüchtlingspolitik auch genauso unterstützen. Und sie wählen in diesem Fall lieber das „Original“, als Parteien, die versuchen, die ideologische Ausrichtung der AfD zu kopieren. Dabei bin ich aber auch sehr stark überzeugt davon, dass sich viele Wählerinnen und Wähler gerade auch aus dem Umfeld der abhängig Beschäftigten keine Gedanken um das vollständige Programm der AfD im Hinblick auf z.B. ihre Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik machen. Eine Studie¹¹ der Bertelsmann-Stiftung nach der Bundestagswahl zum Wahlverhalten verschiedener Milieus hat beispielsweise im sogenannten prekären Bereich eine Zustimmung von 45% (siehe Ausschnitt Graphik unten) für die AfD ergeben, obwohl die Partei die Sozialversicherungen stark zurückfahren und zum Teil gegen privat zu finanzierende Leistungen ersetzen lassen möchte, von der Menschen in den unteren Einkommensschichten mit Sicherheit nicht profitieren würden.



Auch im Bereich der mittleren Einkommensstufen der Beschäftigten – leider auch gerade bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – setzt sich dieser Trend deutlich fort. Die folgende Graphik der Forschergruppe Wahlen (nächste Seite) zeigt dies eindrücklich auf. Die Mitglieder der Gewerkschaft haben mit 21,7% die AfD gewählt, während gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – also solche in gut organisierten, tarifgebundenen Betrieben – sogar mit nahezu 30% der rechtsextremen Partei ihre Stimme gaben. Wie erklärt sich diese Entwicklung, obwohl die AfD doch neben ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Ausrichtung auch für ihre stark neoliberalen und gewerkschaftsfeindlichen Wirtschafts- und Arbeitspolitik bekannt ist? Weshalb wählen ausgerechnet diejenigen diese Partei, von der sie für die Grundlage ihrer

¹¹ Prof. Dr. Robert Vehrkamp: „Einwurf“ Titel „Selbstbeschädigung der Mitte“, im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Ausgabe 01, Seite 2

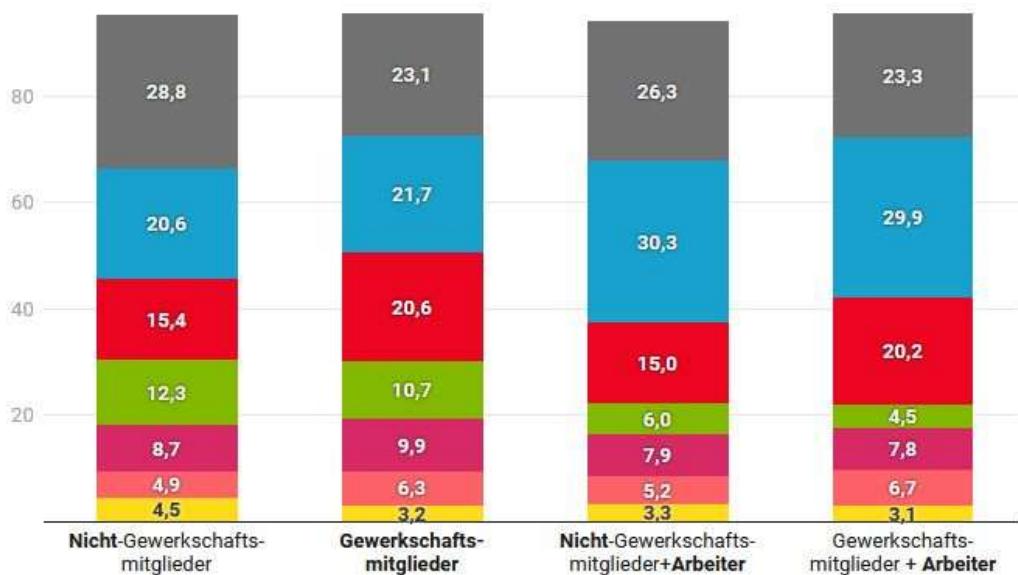
Existenz – nämlich Entgeltentwicklung, Arbeitnehmerrechte und Beschäftigung am wenigsten zu erwarten haben?

Bundestagswahl 2025: Wie haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt?

Gewerkschaftsmitglieder haben bei der Bundestagswahl am 23.2.2025 zu einem deutlich geringeren Anteil CDU/CSU gewählt als Nicht-Mitglieder (23,1% zu 28,8%). Gewerkschafter*innen haben dagegen häufiger SPD gewählt als Nichtmitglieder (20,6% zu 15,4%). Gewerkschafter*innen haben auch etwas häufiger die Linke und das BSW und etwas weniger die Grünen gewählt als Nicht-Mitglieder. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen haben mit 29,9% überdurchschnittlich häufig AfD gewählt. Der Wert liegt bei Arbeiter*innen ohne Mitgliedschaft mit 30,3% sogar noch etwas höher.

Anteil der Stimmen in %

■ CDU ■ AfD ■ SPD ■ Grüne ■ Linke ■ BSW ■ FDP

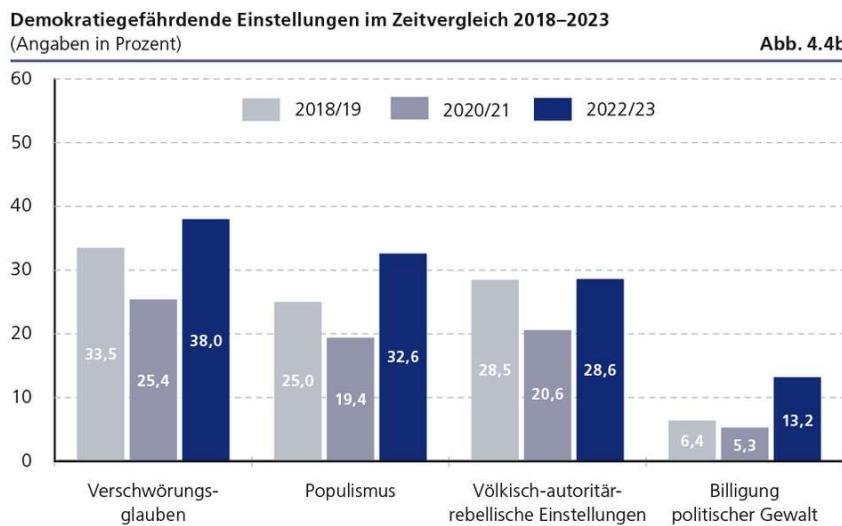


Grafik: Reinhard Bispinck • Quelle: [Forschungsgruppe Wahlen \(nach KAS Wahlmonitor 2025\)](#) • Daten herunterladen • Grafik herunterladen • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Ich glaube, diese Fragen können nur mit einer tieferen Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre beantwortet werden. Natürlich ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft kein Garant und Automatismus für eine antifaschistische und demokratische Einstellung. Hier geht es den meisten Mitgliedern wohl vor allem um die Absicherung durch Tarifverträge und sonstige Vorteile, die eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft mit sich bringen. Seminare mit politischen Schulungen, in denen gesellschaftspolitische Hintergründe betrachtet und analysiert werden, erreichen zumeist Funktionäre wie Vertrauensleute und Betriebsräte oder Menschen, die kurz davorstehen, ein solches Amt zu übernehmen.

Gerade im mittleren Einkommensbereich der Tariftabellen, also bei den gut ausgebildeten Facharbeiterinnen und Facharbeitern, den Angestellten und leitenden Funktionen, kommt es aber eben vermehrt zum Zuspruch für die AfD. Eine Erklärung dafür ist aus meiner Sicht die Tatsache, dass gerade diese

Einkommensschicht den sozialen Abstieg durch Verlust des Arbeitsplatzes, durch Konkurrenz aus dem Ausland oder durch sonstige Einflüsse befürchtet und deshalb anfällig für konservative, vermeintlich bewahrende und absichernde politische Tendenzen ist. Dies kann durchaus auch ins Extreme abdriften, wie die seit vielen Jahren regelmäßig erscheinende sogenannte „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung darstellt (siehe Graphik unten). Gerade diese Bevölkerungsschicht, in der sich die guten Einkommen der tariflich abgesicherten Beschäftigten wiederfinden, verliert immer mehr das Vertrauen in staatliche Institutionen, in die Medien und in politische Parteien des demokratischen Spektrums. Stattdessen erhöhen sich negative Dinge wie Verschwörungsglaube, der Hang zum Populismus und sogar die Billigung zu politischer Gewalt.



Anmerkungen Für den Zeitvergleich wurden die Indizes nur mit Aussagen gebildet, die in allen Jahren erfasst wurden, wodurch es zu leichten Abweichungen gegenüber den jeweils bereits berichteten Prozentsätzen kommt.

Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Das Thema Migration und die Problematiken, die ich weiter oben bereits beschrieben habe, spielen mit Sicherheit eine große Rolle dabei, sind aber aus meiner Sicht bei Weitem nicht die einzige Erklärung für diese Entwicklung. Der insgesamte Vertrauensverlust bezüglich der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland (dito Europa) und somit auch der in demokratische Strukturen als Antwort darauf, liegt weitaus tiefer. Er ist nach meiner Überzeugung das Ergebnis einer Erosion von sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in den vergangenen rund 40 Jahren durch politische Entscheidungen und Handlungsweisen entstanden ist. Viele der Themen, die ich im bereits erwähnten Titel „Die Rechnung bitte“ beschrieben hatte, haben sich im Laufe der Zeit noch weiter verstärkt und somit verschlimmert. Die Sozialversicherungen stehen politisch motiviert unter Dauerbeschuss (siehe nächstes Kapitel), industrielle Arbeitsplätze in Deutschland sind aufgrund der geopolitischen Lage in Gefahr, Bildung und Schule stehen wegen finanzieller Fehlsteuerung ständig unter Druck, die Infrastruktur

wurde Jahrzehnte vernachlässigt und ist sichtbar marode, und die Ungleichheit der Verteilung des erwirtschafteten Vermögens hat inzwischen eine obszöne Höhe erreicht. Obwohl die Zusammenhänge vielleicht auch nicht immer von jedem erkannt und miteinander logisch verknüpft werden, hat sich eine entsprechende Grundstimmung entwickelt, die sich in den sogenannten sozialen Netzwerken durch gruppendiffusiv-dynamische Prozesse, durch generelle Entsolidarisierung der Gesellschaft und persönliche Erfahrungen verhärtet. Die „gefühlte Temperatur“ des Zusammenlebens hat sich stark abgekühlt. Vielfach ziehen sich Menschen in ihre eigene kleine Blase zurück. Diskussionen mit anderen Meinungen werden rasch zu hasserfüllten Auseinandersetzungen mit mindestens verbaler Gewalt; man setzt sich nicht mehr konstruktiv und/oder empathisch auseinander.

Genau an dieser Stelle tritt die AfD hervor und besetzt mit vermeintlich einfachen und angeblich mehrheitsfähigen Positionen die Themen, um damit Stimmungen und Stimmen einzufangen. In den öffentlichen Debatten vertreten ihre Protagonisten meistens nur absichtlich provokante Thesen – in den allermeisten Fällen immer mit der Thematik der Migration verbunden – ohne wirklich Lösungen anzubieten, wie sie eine echte demokratische Opposition als politische Aufgabe betrachten würde. Der Populismus ist aber von seinem Wesen her weder in der Lage, noch willens, diese Lösungen tatsächlich ernsthaft zu erarbeiten und sie als Alternative darzustellen. Es geht nur einzig und allein um Stimmungen, die man erzeugt, um sie für sich und seine Zwecke zu nutzen. Das beste Beispiel hierfür ist das Verhalten der rechten Populisten zu Beginn der Corona-Pandemie. Während dieser Zeit gab es keinerlei Äußerungen z.B. der AfD zu diesem Thema. Ihres Hauptaugenmerkes, die damalige Flüchtlingsthematik, in der öffentlichen Diskussion beraubt, war es monatelang vollkommen still im rechten Lager. Erst als sich Widerstände in Teilen der Bevölkerung hauptsächlich durch Verschwörungstheorien und Falschmeldungen bezüglich der Pandemie und deren Auswirkungen regte, hatte man wieder einen Ansatzpunkt für die typisch destruktive Handlungsweise erkannt und schlug mit voller Wucht in die Kerbe hinein. Wirkliche Kritik am damaligen Handeln der Regierung, oder gar hilfreiche und konstruktive Vorschläge gab es seitens der AfD absolut keine.

Aus meiner Sicht haben die Populisten angesichts der dargestellten Probleme und politischen Umstände vor allem deshalb Erfolg und großen Zulauf, weil es nach wie vor an ernsthaften sozialen Alternativen zu Gunsten der Mehrheit der Menschen dieses Landes mangelt, welche diese als Chance begreifen würden, mehr Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft ohne Sozialdarwinismus zu erlangen. Das Jahrzehntelange Mantra der „Eigenverantwortung“, politisch gewollte Entsolidarisierung, medial gesteuerte Meinungsmanipulation mit teilweise regelrechten Hetzkampagnen gegen Minderheiten und sozial abhängigen Menschen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner), das Infragestellen von gesellschaftlich

wichtigen Strukturen wie der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk, sowie der hoheitlichen Aufgaben des Staates durch entsprechende Steuerfinanzierung haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Natürlich ist das Ganze politisch so gewollt gewesen, um der sogenannten Oberschicht des Geldadels dadurch ihren Status und ihre Macht zu erhalten. Die gutgeschützte Minderheit beteiligt sich zumeist nicht an der Finanzierung einer solidarischen Sozialgemeinschaft, sondern sie versucht sich überall abzugrenzen und sichert ihr privates Vermögen. Parteien wie die FDP sind nur deshalb an vielen Regierungen beteiligt gewesen und wurden gefördert, um die Interessen ihrer Klientel zu vertreten. Das neoliberalen (und gleichzeitig heuchlerische) Narrativ, dass es allen gutgeht, wenn er der Wirtschaft – respektive den Anteilseignern großer Unternehmen – gutgehe, hat sich dabei eigentlich als sozialpolitischer Rohrkrepierer erwiesen, weil es eben nicht allen gutgeht und sich auch die anerzogene Ellenbogenmentalität der vergangenen 40 Jahre nicht wirklich als hilfreich für das gesellschaftliche Zusammenleben gezeigt hat. Es ist fast eine Binsenweisheit, dass Neo- oder Ordoliberalismus in seinen Folgen dicht mit rechtspopulistischen oder gar faschistischen Entwicklungstendenzen zu tun hat, denn die absichtlich forcierte Verwahrlosung sozialer Verhaltensweisen einer Gesellschaft durch die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen erzeugen eben genau das. In einem derartigen Milieu wächst der Konkurrenzdruck dann auch gegen Zugewanderte und Minderheiten. Das ist einer der Hauptgründe für den Erfolg der AfD.

Blicken wir doch im nächsten und letzten Kapitel auf die Hauptthemen, die das nicht unweentlich mit beeinflussen: die Arbeits- und Sozialpolitik und deren aktuell durch die neue Regierung formulierte Ausrichtung.

Arbeit und Soziales unter Schwarz-Rot

Mit der Wahl von Friedrich Merz am 6.5.2025, die zwar erst im zweiten Anlauf im Bundestag gelang, begann die schwarzrote Koalition ihre Arbeit. Die einzigartige Situation, dass Merz nicht gleich im ersten Wahlgang gewählt wurde, kann durchaus als Zeichen von Unzufriedenheit einiger Abgeordneter der Koalition gewertet werden. Und zugleich zeigt dies die Hypothek auf, mit dem die neue Regierung gestartet ist. Wie schon zu Beginn beschrieben, war das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger schon vor dem Amtsantritt von Merz offensichtlich nicht besonders groß. Das hat dieselben Ursachen, wie der Dämpfer im ersten Wahlgang. Für die einen ist der versprochene Politikwechsel hin zu einer stark konservativen Ausrichtung durch den Koalitionsvertrag nicht deutlich genug ausgeprägt, für die anderen ist er das eben zu viel. Merz hat somit die Hoffnungen der einen Gruppe enttäuscht, oder die Befürchtungen der anderen bestätigt; genau darin liegt das (noch unausgesprochene) Dilemma, welches aus meiner Sicht auf dieser Regierung lastet.

Die Ampel-Regierung ist neben ihrer schlechten Öffentlichkeitsarbeit und den vielen nach außen getragenen Streitereien eben genau an diesen zu unterschiedlichen politischen Ansichten gescheitert. Es gab hier vor allem seitens der FDP keinen Willen zu einem demokratischen Konsens, der in Koalitionen nun einmal notwendig ist. Dieselbe Gefahr droht aber auch in der neuen Regierung und das zeichnet sich bereits nach wenigen Wochen ihrer Arbeit ab – auch wenn sich alle Mitglieder des Kabinetts bemühen und behaupten, sehr gut miteinander zusammenzuarbeiten. Doch es stoßen hier vor allem in der Sozialpolitik zwei Welten aufeinander, die im Grunde Konflikte bereits in sich tragen. Hier die konservativ/neoliberale Weltsicht eines Friedrich Merz und seiner engen Vertrauten, die an einigen Stellen schon wieder die uralten Rezepte der 1990er Jahre hervorholen wollen, dort die SPD um den durchaus machtbewussten Lars Klingbeil, die verzweifelt versucht, sich aus ihrem Umfragetal mit um die 16% herauszuarbeiten – wohlwissend, dass sie sich in den vergangenen Dekaden weit von ihrer Stammwählerschaft entfernt hat.

Die erste große Baustelle unterschiedlicher Ansichten bescherte die neue Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas mit ihrem (durchaus sinnvollen) Vorschlag, die Sozialversicherungen wie etwa die der Rentenkasse dadurch zu stärken, indem man die Beamten, Selbstständigen und Abgeordneten dort integriert. Die Reaktion über die Medien erfolgte prompt und heftig – von „politischem Unfug“ war gar die Rede seitens der CDU. Dabei lohnt sich ein genauerer Blick auf die Chancen dieses Vorschlags, den Gewerkschaften wie ver.di und die IG Metall seit Langem selbst fordern und deshalb unterstützen, auf jeden Fall.

„Wir werden die Alterssicherung für alle Generationen auf verlässliche Füße stellen. Deshalb werden wir das Rentenniveau bei 48 Prozent gesetzlich bis zum Jahr 2031 absichern. Die Mehrausgaben, die sich daraus ergeben, gleichen wir mit Steuermitteln aus. Am

Nachhaltigkeitsfaktor halten wir grundsätzlich fest. Nur eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, eine hohe Beschäftigungsquote und eine angemessene Lohnentwicklung ermöglichen es, dies dauerhaft zu finanzieren. Deshalb werden wir im Jahr 2029 im Hinblick auf diese Faktoren die tatsächliche Entwicklung des Beitrags und des Bundeszuschusses evaluieren, um gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen. In einer Rentenkommission werden wir bis zur Mitte der Legislatur eine neue Kenngröße für ein Gesamtversorgungsniveau über alle drei Rentensäulen prüfen. Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird auch künftig möglich bleiben.“

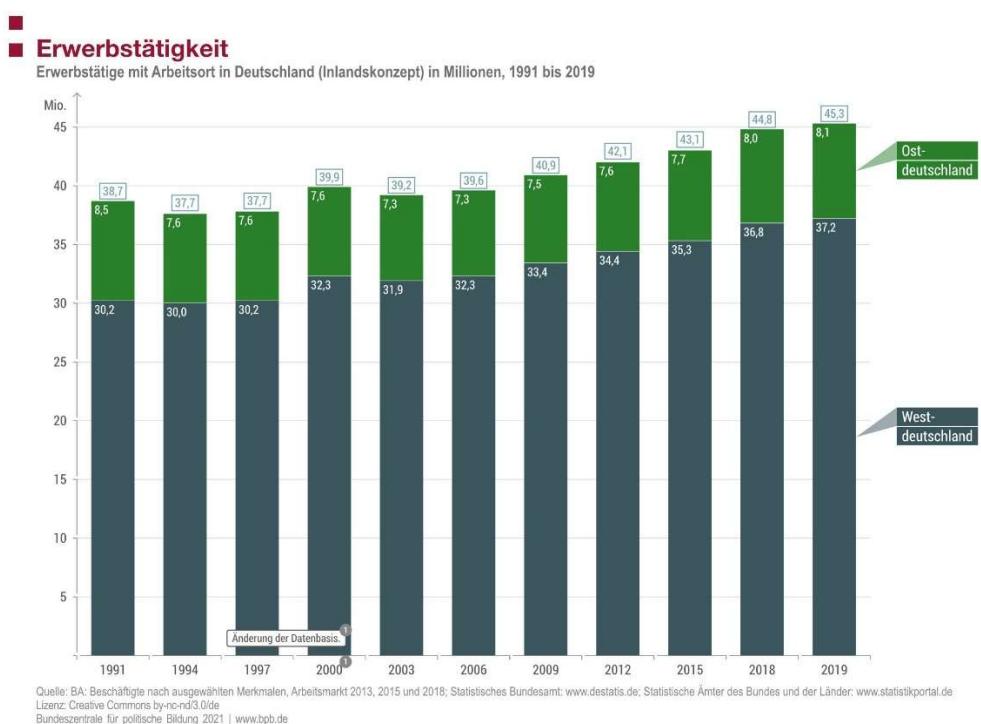
Dieser Abschnitt im bereits genannten Koalitionsvertrag zum Thema Rente zeigt die angedachte Rentenpolitik auf und trägt deutlich die Handschrift der SPD. Das Ziel der Stabilisierung und Beibehaltung des Rentenniveaus – also der an die durchschnittliche Entgeltentwicklung gekoppelten Höhe der Rente – wird mit den bekannten und derzeitigen 48% angegeben. Die dafür notwendigen Steuermittel sind einer der Angriffspunkte konservativer und neoliberaler Kräfte, mit denen die angeblich ausufernden Zahlungen immer wieder verdeutlicht werden. Tatsächlich stiegen diese Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung im Zeitraum zwischen 2003 und 2021 von damals 77 Milliarden € auf 112 Milliarden¹². Wenn man sie aber im Verhältnis zur gesamten Beitragsentwicklung betrachtet, dann stellt man fest, dass das Niveau dieser Zuschüsse seit den 1950er Jahren in etwa gleichgeblieben ist. Bedeutet: auch wenn die Zuschüsse nominal steigen, steigt die finanzielle Unterstützung durch Steuermittel zu den Gesamteinnahmen durch Rentenbeiträge der Versicherten nicht ins Unverhältnismäßige an, wie bestimmte Kräfte uns immer weismachen möchten.

Eine dieser lauten Stimmen ist übrigens die sogenannte Wirtschaftsweise Veronika Grimm, Mitglied des Gremiums „Sachverständigenrat für Wirtschaft“ (SVR) aus verschiedenen Wirtschaftsinstituten, welche die Bundesregierungen beraten. Die Ausrichtung dieses Gremiums ist zumeist kapitalmarktorientiert und propagiert schon seit vielen Jahren z.B. eine Rentenpolitik mit deutlichen Tendenzen hin zu privater Verantwortung und eben auch zur sogenannten Aktienrente. Grimm ist darin nicht unumstritten, da sie im Jahr 2024 eine interne Auseinandersetzung im SVR aufgrund eines Aufsichtsratsmandates bei Siemens Energy zu überstehen hatte und man ihr Interessenskonflikte vorwarf. Doch das spielt nur am Rande eine Rolle. Viel Interessanter ist ihre aktuelle Kritik an der Politik der Bundesregierung und den jüngsten Entscheidungen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sie bemängelt eben auch den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung und versucht sich an einem uralten Rezept – nämlich der Erhöhung des Renteneintrittsalters – um damit praktisch alle (vermeintlichen oder tatsächlichen) Probleme der Rentenversicherung zu beseitigen.

Dieses Instrument wird schon seit vielen Jahren propagiert und führte beispielsweise in den Jahren der Jahrtausendwende zur politischen Diskussion und schließlich leider auch zur Einführung der Rente mit 67. Die Argumente dafür sind heute noch

¹² Hans-Böckler-Stiftung Magazin „Mitbestimmung“ Nr. 2, April 2025, Seite 13

genauso falsch, wie sie es schon damals waren. Der angebliche demographische Wandel wird erneut als Schreckgespenst an die Wand geworfen. „Wir werden alle älter und müssen deshalb das Renteneintrittsalter nach oben hin anpassen“, lautet die Formel dafür, welche auch Grimm mit vertritt. Diese vereinfachende Sichtweise verschweigt jedoch einige Fakten, die nicht mit betrachtet werden. Die Rentenversicherung ist nicht etwa aufgrund einer altersstrukturbedingten Zusammensetzung der Beitragszahlerinnen und -zahler in Schieflage. Es gibt derzeit rund 45,8 Millionen¹³ Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland, der Rekord wurde 2024 mit über 46 Millionen Menschen in Erwerbstätigkeit erzielt. Im Jahr 1991 lag diese Zahl noch bei 38,7 Millionen und stieg seitdem kontinuierlich an (siehe Graphik unten).



An genügend Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit und ihren Entgelten somit Beiträge auch für eine wachsende Zahl an Rentnerinnen und Rentnern sorgen könnten, mangelt es also nicht. Sehr wohl aber leidet die Rentenkasse an der Art vieler dieser Beschäftigungsverhältnisse. Niedriglohn und Teilzeit sind die eigentlichen Ursachen für eine Beitragslücke. Nicht der demographische Wandel oder die Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er nun in das Ende des Erwerbslebens eintreten, sondern die schlechten Entgeltbedingungen vieler Jobs und somit keine oder geringe Einnahmen für die Sozialversicherungen sind es.

Und auch die angeblich steigende Lebenserwartung als Argument für einen späteren Renteneintritt trifft leider nur zum Teil zu. Faktoren wie die Art der früheren

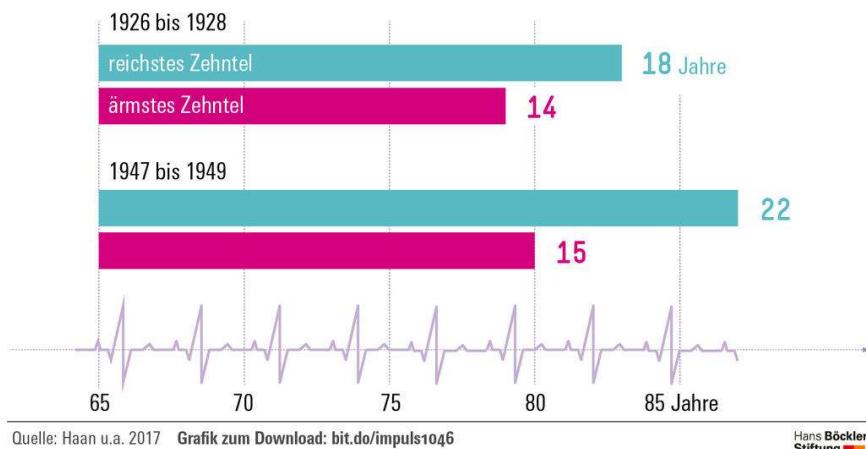
¹³ Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 28. Mai 2025

Erwerbstätigkeit und auch die wirtschaftliche Situation spielen eine große Rolle bei der Frage, wie alt wir wirklich werden. In einer Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW), veröffentlicht in einem Newsletter der Hans-Böckler-Stiftung¹⁴ heißt es: „Vor dem Tod sind nicht alle gleich: Männer sterben im Schnitt früher als Frauen, Raucher früher als Nichtraucher und Sporthasser früher als Athleten. Dass auch die wirtschaftliche Situation eine Rolle spielt, zeigt eine Studie von Peter Haan, Daniel Kemptner und Holger Lüthen. Die Ökonomen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) können nachweisen, dass Reiche deutlich älter werden als Arme – und damit auch deutlich länger Rente beziehen. Die soziale Unwucht hat über die Generationen zugenommen.“

Die Analyse der DIW-Forscher basiert auf Daten der Rentenversicherung, die sich auf westdeutsche Männer der Jahrgänge 1926 bis 1949 beziehen. Diese Daten lassen einen klaren Zusammenhang erkennen zwischen dem Einkommen vor der Rente und der Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren: Am meisten Zeit bis zum Tod bleibt dem reichsten Zehntel, am wenigsten dem ärmsten. Die Differenz beträgt bei den 1926 bis 1928 Geborenen vier Jahre, bei den 1947 bis 1949 Geborenen sieben Jahre. Der Grund: Die Lebenserwartung hat sich am oberen Ende der Einkommensskala um vier Jahre verlängert, am unteren Ende nur um ein Jahr. Ähnliches gilt für Witwen: Diejenigen, die mit den reichsten Männern verheiratet waren, werden am ältesten. Auch hier ist die Kluft über die Jahre gewachsen.“

Ungleiches Leben

Die verbleibende Lebenserwartung westdeutscher Männer im Alter von 65 Jahren betrug bei den Jahrgängen ...



Das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt bei rund 64 Jahren. Darin enthalten sind die regulären Renteneintritte mit derzeit noch 65 Jahren (plus X Monate je nach Jahrgang)¹⁵, aber auch frühzeitige Möglichkeiten, wie die Rente mit 63 oder Altersteilzeitmodelle, die oft auch einen Renteneintritt zum frühstmöglichen Zeitraum, dem 63. Lebensjahr beinhalten. Abschläge von 0,3% pro Monat, den man vor dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand geht, werden von den Menschen zumeist hingenommen. Der Grund für die früheren Renteneintritte liegt jedoch mit

¹⁴ Hans Böckler Impuls, Ausgabe 2/2018

¹⁵ Der erste Jahrgang, der in Gänze von der Rente mit 67 betroffen ist, ist der Jahrgang 1964

Sicherheit nicht darin, dass die Betroffenen keine Lust mehr auf Arbeit haben, sondern dass sie einfach nicht mehr länger arbeiten können. Gerade im Bereich der Industrie, aber auch auf dem Bau, dem Straßenbau, auf Zeche oder ähnlich anstrengenden Tätigkeiten werden Altersteilzeitmöglichkeiten genutzt, wenn sie denn vorhanden sind. Zumeist gibt es diese Angebote in mitbestimmten und tariflich gebundenen Betrieben und deren Geschäftsführungen sind in der Regel auch froh, solche Instrumente zu besitzen. Die Einrichtung sogenannter alternsgerechter Arbeitsplätze, an denen man Ältere (im Zweifel bis zum 67. Lebensjahr!) beschäftigen könnte, ist vielen Unternehmen viel zu kostspielig und komplex, das kann ich aus beruflicher Erfahrung bestätigen. Von daher verwundert es schon sehr stark, dass es ausgerechnet immer auch die Arbeitgeberverbände sind, die sich für eine längere Lebensarbeitszeit aussprechen. Vielleicht sollten sie mal ihre Mitgliedbetriebe befragen, wie die reale Situation vor Ort ist.

Als Fazit für dieses Thema bleibt mir nur der Hinweis, dass es durchaus Sinn machen würde, alle Einkommensarten in die gesetzliche Rente zu integrieren. Dadurch könnte man das Rentenniveau nicht nur stabil auf den derzeitigen Wert von 48% halten, sondern dieses vielleicht auch mal wieder anheben. Dazu sind wie schon beschrieben auch Einkommensarten zu verrenten, die dadurch keinen Leistungsanspruch erhalten, sondern das System als solidarische Umlagekasse stützen, die übrigens in ihrer Form zwei Weltkriege überstanden hat. Eine finanzkapitalgedeckte Rente, wie sie von konservativen und neoliberalen Kreisen immer favorisiert wird, kann so eine Sicherheit und Kontinuität nicht leisten – man betrachte die Volatilität der Finanzmärkte angesichts der geopolitischen Verwerfungen dieser Tage. Die immer wieder diskutierte Anhebung des Renteneintrittsalters ist nichts anderes als der Versuch, Rentenkürzungen gesellschaftsfähig zu machen, um damit die Beiträge zu den Sozialversicherungen für die Arbeitgeber zu senken, was am Ende einer Entgeltkürzung gleichkommt. Wir brauchen kein höheres Rentenalter wegen eines angeblichen demographischen Problems, wir brauchen eine stabile Rentenkasse, an der sich alle Einkommensschichten solidarisch beteiligen!

Das nächste große Thema wurde von Bundeskanzler Merz persönlich in die öffentliche Diskussion gebracht und von seinem Generalsekretär Carsten Linnemann gehorsam weitergeführt. „Wir müssen alle wieder länger arbeiten“, hieß es zunächst lapidar von Merz. Es herrsche eine „Live-Live Balance“ vor. Natürlich gehört auch diese Vorgehensweise zur Agenda der sozial- und arbeitspolitischen Umgestaltung nach dem Gusto der Union, denn der Bundeskanzler hat das Thema nicht ohne Grund so begonnen. Wer denn nun genau länger (und wieviel länger) arbeiten müsste, wurde bisher aber noch nicht so genau definiert. In einer Polittalksendung mit Caren Miosga am 25. Mai 2025 wurde der Generalsekretär von der Moderatorin mehrfach danach gefragt. Nach einigem Hin und Her ließ Linnemann vernehmen,

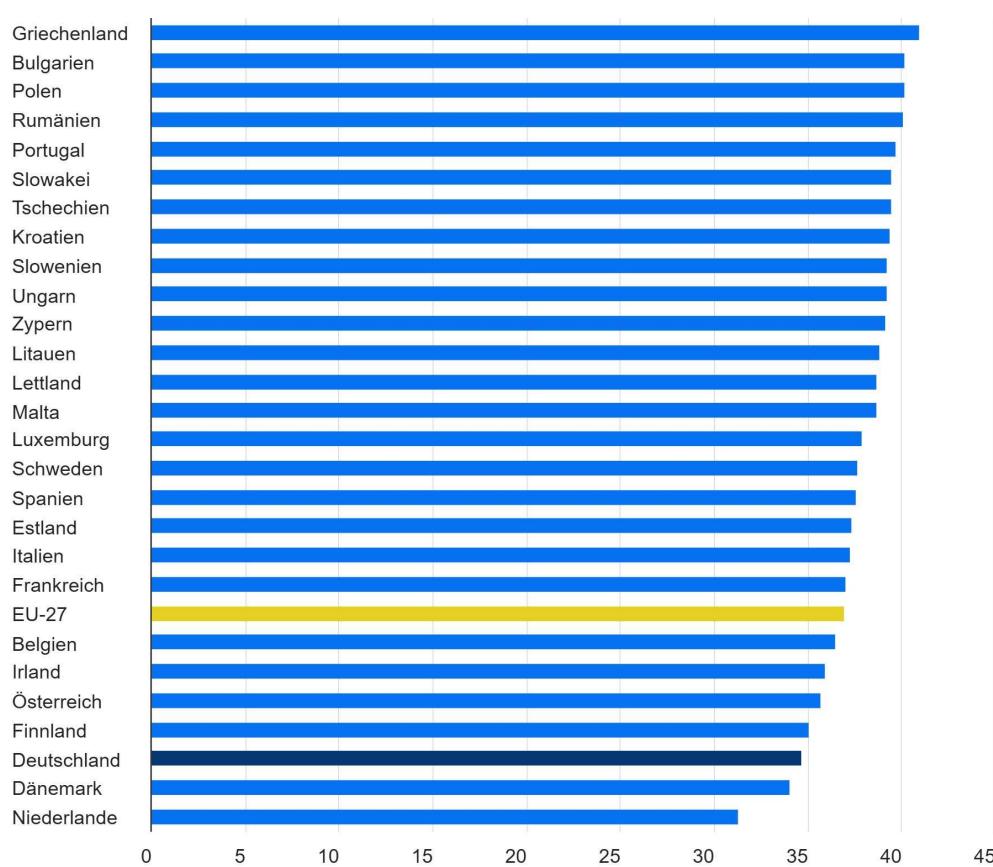
dass es „die Rentner beispielsweise“ seien, die gemeint wären. Es war ihm deutlich anzusehen, dass er eigentlich keine genaue und detaillierte Erklärung für diese Aussage hatte und so wand er sich im Nachgang mit eher halbseidenen Erläuterungen und der Ergänzung, dass Rentnerinnen und Rentner ja künftig bis zu 2000 Euro steuerfrei hinzuerdienen könnten, wenn sie über ihre Rente hinaus noch arbeiten würden.

Abgesehen von diesem arbeitsmarktpolitisch eher sinnfreien Unterfangen (siehe weiter oben) und der Tatsache, dass es eben bereits immer mehr Rentnerinnen und Rentner gibt, die neben ihrem Rentenbezug noch hinzuerdienen müssen (aber mit Sicherheit sehr selten in der angegebenen Höhe!), muss die Aufforderung von Merz an die Deutschen eher als Auftakt für den Angriff auf das Arbeitszeitgesetz betrachtet werden, welches vor allem den Arbeitgeberverbänden schon seit Langem ein Dorn im Auge ist. Argumentativ begleitet wird dies mit der Forderung, die tägliche Arbeitszeitbegrenzung von regulär acht Stunden (max. zehn Stunden) aufzuweichen und auf eine wöchentliche Arbeitszeitgrenze zu verändern. Angeblich würden dies auch immer mehr Beschäftigte verlangen, um flexibler auf die persönlichen Lebensumstände reagieren zu können, so die Behauptungen seitens der Verbände. Was eine solche Veränderung tatsächlich zur Folge hätte, kann man sich anhand der leider schon heute bestehenden Praxis vor allem in solchen Branchen anschauen, die nicht mitbestimmt und oftmals auch nicht tarifgebunden sind. Vor allem im Gastronomiebereich findet man das oft vor. 12-Stundenschichten ohne Ausgleich oder im „günstigsten“ Fall mit Arbeitszeitkonten, die in der Saison niemals entnommen werden können, sind dort wohl eher die Regel. In der Pflege verhält es sich ähnlich. Die vielen angeblichen Teilzeitjobs werden mit Überstunden und Zusatzschichten durch ständigen Personalmangel zu Vollzeitstellen, die jedoch nicht als solche bezahlt werden.

Diese Realität würde durch die Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes noch weiter verstärkt werden. Die stetig diskutierte Flexibilität aufgrund veränderter Arbeits- und Lebenssituationen in solchen Jobs, in denen Beschäftigte beispielsweise mobil am Laptop arbeiten können, existiert bereits. Tarifverträge bieten dazu eine Fülle an Möglichkeiten, um die geforderte Flexibilität zu gewährleisten. Auch die angeblich starre Grenze von acht Stunden/Tag steht ja nur auf dem Papier. Bis zu 48 Wochenstunden (in Ausnahmefällen sogar bis zu 60 Stunden/Woche) sind nach dem Gesetz möglich – es müssen eben nur ausreichend Ausgleichs- und Erholungsmöglichkeiten innerhalb bestimmter Zeiträume geschaffen werden. Tatsächlich arbeiten die Deutschen auch nicht weniger im Vergleich zum europäischen Ausland (auch dieses Scheinargument wird in der Debatte ständig hervorgeholt). Im Vergleich der EU-Staaten befindet sich Deutschland zwar in der Tat im unteren Drittel der wöchentlich geleisteten Stunden (siehe Graphik unten),

doch röhrt dies eher aus der Zusammensetzung der nominalen Stunden in den jeweiligen Beschäftigungsverhältnissen her.

Durchschnittlich normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit 2022
in Stunden



Quelle: Eurostat

©  Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

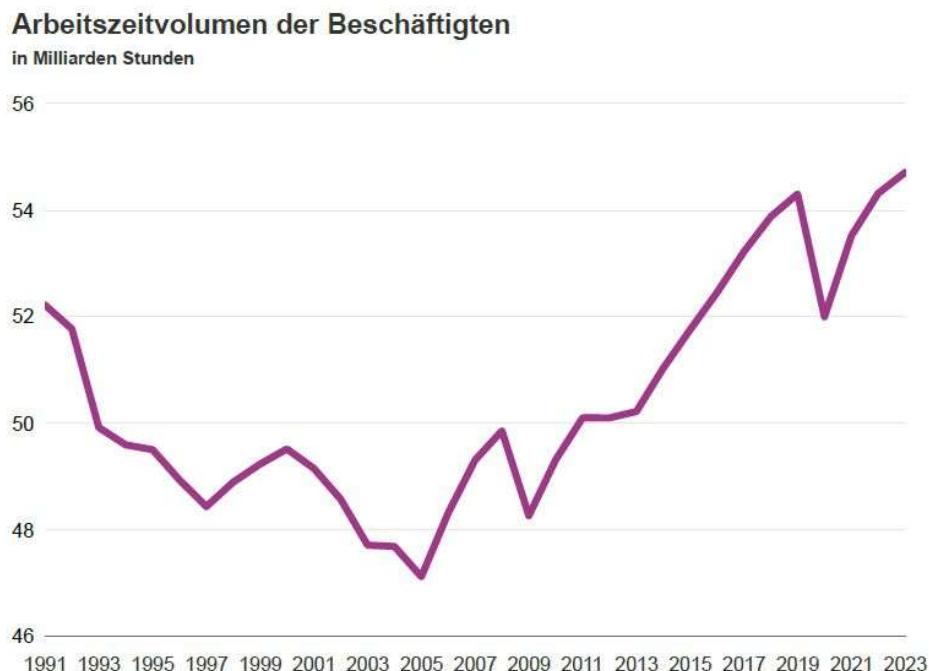
Der hohe Anteil an Teilzeitverträgen ist hier die Ursache. Zumeist betrifft das nach wie vor Frauen, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen und somit reduzierte Arbeitszeiten in Kauf nehmen. Es mangelt an entsprechenden Kita-Plätzen oder bezahlbaren Pflegemöglichkeiten. Aber auch in den Teilzeitjobs werden wie bereits beschrieben Überstunden geleistet. Das Managermagazin¹⁶ berichtet am 9. Mai 2024 in einer Onlineausgabe davon, dass in 2023 1,3 Mrd. Überstunden geleistet worden sind, etwa die Hälfte davon jedoch nur bezahlt wurden. Pro Kopf bedeutet dies rund 32 Überstunden und somit ein Vollzeitäquivalent von 835.000 Stellen. Auch die reguläre Arbeitszeit – also das tatsächliche Arbeitsvolumen der Beschäftigten – hat sich (siehe nächste Graphik) deutlich nach oben bewegt. Einbrüche in der seit 2005 stetig steigenden Zahl an geleisteten Arbeitsstunden gab es lediglich in der Zeit der Coronapandemie. Seitdem steigt die Zahl weiterhin auf einen Rekordwert von über

¹⁶ Managermagazin Onlineausgabe „Jahresbilanz“ vom 9.5.2024

54 Milliarden Stunden an. Die Frage an den Bundeskanzler muss erlaubt sein, wo es denn noch an Bereitschaft und Willen zur Arbeit in Deutschland mangelt?

08.06.25, 15:04

So viele Stunden arbeiten die Deutschen | tagesschau.de

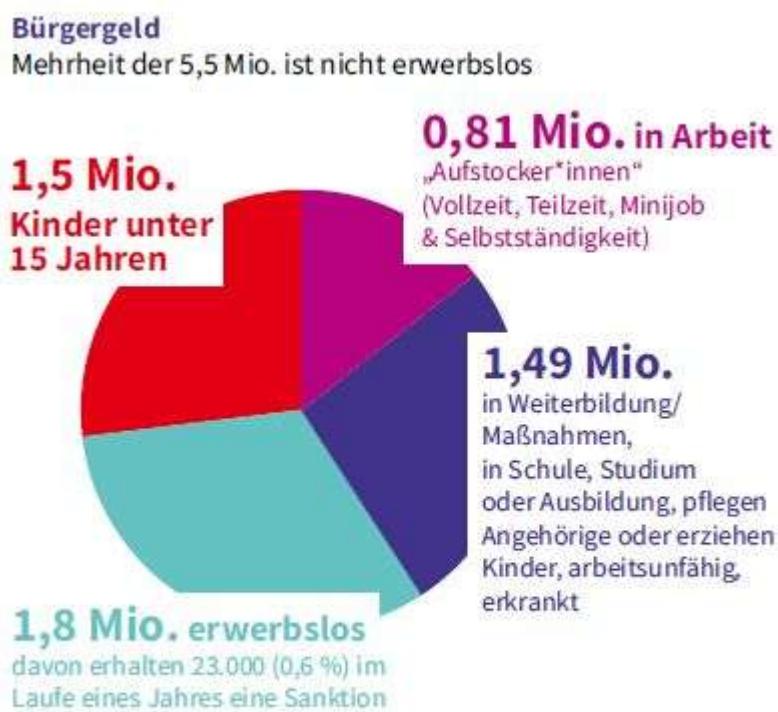


Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass dargestellte Probleme anhand der Fakten so keinen Bestand haben können und es am Ende wieder einmal nur um politische Zielrichtungen geht, die man umsetzen möchte. Wie schon mehrfach von mir in diesem Text erwähnt, sind dies oftmals die gleichen alten Rezepte, mit denen man der Wirtschaft und ihren leitenden Protagonisten einen Gefallen tun möchte – und zwar zu Lasten der Mehrheit der Menschen in diesem Land. Die absichtliche Vernebelung von Tatsachen, die dabei genutzt wird, um eine bestimmte Stimmungslage in der Bevölkerung zu erzeugen, ist vielleicht politisch opportun, aber nicht redlich. Anhand des nächsten Beispiels wird dies besonders deutlich.

Das von der Ampelkoalition eingeführte sogenannte Bürgergeld, welches die bis dahin geltende Regelung des als im Allgemeinen als Hartz IV bekannten Leistungskataloges ersetzt hatte, wird nun von der neuen Koalition wieder verändert. Vor allem an dem Begriff stört man sich offensichtlich in Unionskreisen, denn es klingt doch zu sehr nach einer Leistung, die ein Recht für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes darstellt und sich nicht so leicht für die Stigmatisierung der Leistungsbezieherinnen und -bezieher eignet. So krass muss man das aus meiner Sicht schon ausdrücken, um die Diskussionen darum zu deuten. Derzeit überschlagen sich wieder die Stimmen derjenigen, denen eine mögliche Kürzung der Leistungen für die angeblichen Verweigerer nicht rasch und nicht weit genug gehen kann. Auch hier treten wieder Merz und Linnemann hervor und fordern gar eine vollständige Einbehaltung für diejenigen, die „mehrfa ch zumutbare Tätigkeiten“

ablehnen würden. „Wer arbeiten kann und zumutbare Tätigkeiten ablehnt, der kann nicht bedürftig sein“, heißt es seitens der CDU.

Aber auch die verantwortliche SPD-Ministerin Bärbel Bas scheint sich auf die Diskreditierung der Leistungen eingeschossen zu haben. Sie will „mafiose Zustände“ bei der Beziehung des Bürgergeldes beseitigen, die durch die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union entstünden, indem Tagelöhner aus dem europäischen Ausland zu Billiglöhnen angeheuert werden, Aufstockung beziehen und diese dann an kriminelle Organisationen abführen müssten. Solche Fälle mag es durchaus geben und sie müssen zu Recht verfolgt und abgeschafft werden. Doch diese Themen eignen sich höchstwahrscheinlich sehr gut für die Stammtischdebatten, die Realität der Leistungsbezieherinnen und -bezieher stellen sie mit Sicherheit nicht dar. Die folgende Graphik zeigt einmal auf, wie sich die insgesamt rund 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger – die künftig dann wohl Grundsicherung (?) oder eine ähnlich bezeichnete Leistung erhalten, zusammensetzen.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand Juli 2024. Alle Angaben gerundet. Die Differenz zwischen den Einzelbeträgen und der Summe ergibt sich durch Rundungen.

Der Großteil der Menschen aus diesem Spektrum ist also nicht erwerbslos und legt sich sozusagen auf die „faule Haut“, wie die ganzen populistischen Debatten es uns immer suggerieren wollen. Es sind Kinder und Jugendliche unter 15, Menschen in Weiterbildungsmaßnahmen und solche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Entgelt so niedrig ist, dass sie zusätzlich noch aufstocken müssen. Von den

insgesamt nur 1,8 Millionen wirklich Erwerbslosen sind 0,6% von Sanktionen betroffen, weil sie entweder Arbeit verweigern – oftmals aber auch aufgrund eher vernachlässigbarer Dinge wie verpasste Termine oder nicht rechtzeitig oder korrekt eingereichter Unterlagen. Jeder, der sich einmal mit dem schier unglaublichen Bürokratismus gerade bei der Beantragung von Sozialleistungen auseinandergesetzt hat, kann nachvollziehen, wie es zu solchen dann sanktionierten Versäumnissen kommen kann. 0,6% sind es also, um die seitens der verantwortlichen Politik ständig solch ein Wind gemacht wird, als würde die Existenz des Staates dadurch gefährdet werden. Laut des Online-Portals des juristischen Fachverlages Beck¹⁷ wurde der finanzielle Schaden durch die kriminelle Steuervermeidung mittels der sogenannten Cum Ex-Geschäfte beispielsweise im Jahr 2021 auf 36 Milliarden Euro geschätzt. Inzwischen wird deutlich, dass diese Transaktionspraxis trotz ihres erheblichen Schadens, den sie angerichtet hat und trotz der Kenntnis der Behörden um diese rechtliche Lücke, in ähnlicher Form immer noch weiter betrieben wird. Die Frage danach, welche Handlungsweise wohl den größeren Schaden für die Gesellschaft verursacht – die 0,6% der angeblichen Arbeitsverweigerer, oder die wahrscheinlich noch kleinere prozentuale Anzahl an jedoch hochrangigem finanziellem Betrugspotenzial der „Steuervermeider“, kann sicher sehr rasch beantwortet werden. Weshalb man dann aber doch den Fokus auf das Thema der Leistungsbezieher legt, dafür kann der Grund eigentlich nur in politisch motivierten Absichten liegen, von anderen Problemen abzulenken.

Der Mindestlohn und dessen Höhe fallen mir dabei spontan ein. Die Diskussion um den Abstand zwischen niedrigen Entgelten und der Höhe des Bürgergeldes, die eine Familie mit Kindern erreichen kann, spielt bei den Debatten auch immer eine Rolle. Arbeit müsse sich immer im Verhältnis zu Sozialleistungen lohnen, heißt es dabei stets. Doch anstatt die unsägliche Praxis von Billiglohnjobs und Niedriglöhnen zu durchbrechen, wird stattdessen versucht, die beiden gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Die aktuelle Diskussion rund um den Mindestlohn röhrt ebenfalls daher. Im Koalitionsvertrag steht das Ziel von 15 Euro Stundenlohn beschrieben, welches die SPD mit eingebracht hat. Demnach *könnte* dieses Ziel möglichst in diesem Jahr (2025) erreicht werden. Zuständig hierfür ist eigentlich eine Kommission aus Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die den Mindestlohn unabhängig und eigenständig erarbeiten und vorschlagen soll. Eine Umsetzungsverpflichtung seitens der Regierung ist damit allerdings nicht verbunden. Sehr wohl aber die Möglichkeit, den Mindestlohn selbst festzusetzen. So hat die Ampelkoalition anfangs ihrer Regierung in 2022 die Marke 12 Euro als gesetzliche Mindestvergütung verankert.

¹⁷ Beck aktuell – heute im Recht vom 21. Oktober 2021

Doch es ist fraglich, ob die aktuelle Regierung dieses Ziel der SPD tatsächlich auf ähnliche Weise durchsetzen würde, denn die Union hat eigentlich kein Interesse daran. Die in den Medien bereits wieder einsetzende Panikmache mittels Artikel über angeblich drohende Pleitewellen kleiner und mittenständischer Unternehmen, sollte der Mindestlohn von 15 Euro/Stunde denn kommen, sind ein erstes Zeichen des zu erwartenden großen Widerstandes gegen dieses Ziel. Am Ende muss man sich dabei immer fragen, auf welch ein Geschäftsmodell ein Unternehmen aufbaut, das damit nicht in der Lage wäre, seinen Beschäftigten ein Entgelt an der Untergrenze der Finanzierbarkeit eines selbstbestimmten Lebens zu zahlen? Selbst mit 15 Euro pro Stunde erhält die oder der Beschäftigte somit ein Bruttoentgelt von ca. 2231 € bei 35 Stunden die Woche und ca. 2550 € bei 40 Stunden. Unabhängig vom Familienstand wird Netto daraus auf jeden Fall nicht die Summe für die sprichwörtlichen „großen Sprünge“, die man damit machen könnte. In der Jahresberechnung erhält man also im Höchstfall (selbst mit einem angenommenen 13. Monatsgehalt) rund 33.500 €. Das Jahresdurchschnittseinkommen für die Berechnung der vollen Rentenpunktezahl liegt seitens der Deutschen Rentenversicherung übrigens im Jahr 2025 bei 50.493 €¹⁸.

Deutschland ist noch immer ein Sozialstaat und legt damit den entscheidenden Grundstein für eine funktionierende Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie. Doch diese positiven Eigenschaften verliert das Land immer mehr mit jedem Moment, in dem die politischen Entscheidungen immer nur zu Gunsten einer kleinen Gruppe dieser Gesellschaft gefällt werden. Die Entwicklung und der Erhalt dieses Sozialstaates sind aber grundlegende Voraussetzungen dafür, dass es gelingt, die Feinde der Demokratie in Schach zu halten und möglichst wieder zurückzudrängen. Dazu bedarf es aber eines wirklichen Politikwechsels, der jedoch anders gemeint ist, als es die derzeitigen Regierungsverantwortlichen – hier vor allem die Unionsparteien – verstehen. Die Umkehr der Ideologie eines falschverstandenen oder absichtlich falsch ausgelegten Liberalismus mit angeblicher Eigenverantwortung statt solidarischem füreinander Eintreten, die Notwendigkeit der Erkenntnis, dass sich die sogenannten starken Schultern auch stärker in diese Solidarität mit einbringen müssen, sowie ein starker, handlungsfähiger Staat, der die nötigen Mittel besitzt, um seine Aufgaben umfassend zu erfüllen. Das sind die Grundlagen für ein soziales und demokratisches Miteinander, von dem am Ende alle profitieren. Und in das müssen die Menschen dieses Landes wieder Vertrauen gewinnen.

Leider ist es zu einem solchen Ideal ein weiter Weg, der zudem voller Hindernisse ist, wenn er denn je noch ernsthaft beschritten wird. Nicht ohne Grund hat sich die Gesellschaft also verändert und spaltet sich immer mehr auf, wenn nicht endlich

¹⁸ Quelle: Deutsche Rentenversicherung, www.deutsche-rentenversicherung.de

Politik für die Menschen zugunsten der Mehrheit gemacht wird und sich vermeintliche Eliten nicht stetig Vorteile durch Einflussnahme auf eben diese Politik verschaffen. Welche Folgen solches Handeln und solch eine Politik in ihrem Endstadium hat, kann man aktuell sehr gut anhand der tief gespaltenen Nation in den USA betrachten. Dort stehen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber. Dieses mehr als schlechte Beispiel ist mit Sicherheit nicht nachahmenswert und hat schließlich jemanden wie Donald Trump als Präsidenten hervorgebracht, der das Land derzeit mit seinen erratischen Eskapaden wirtschaftlich und politisch ins Chaos stürzt.

Wie es bei uns im Land aktuell aussieht mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaft, schauen wir uns im zweiten Teil dieser Reihe an.

Ende Teil 1